



MENSCHEN
MACHEN
MEDIEN

Medienpolitisches ver.di-Magazin Sept 2026 Nr.3



mmm.verdi.de
E 2814
Jahrgang 75

- Künstliche Intelligenz
Woher die Quellen stammen
- Klimajournalismus
Was tun, wenn's brennt

GROSSE STORIES AUS KLEINEN ORTEN



FOKUS: LOKALJOURNALISMUS

- 7 **INS HERZ GETROFFEN**
- 10 **„EINE CHANCE FÜR DEN LOKALJOURNALISMUS“**
- 13 **UNTERSTÜTZUNG FÜR LOKALJOURNALISMUS**
Ein Überblick über die Fördermöglichkeiten zeigt: Für fast alle ist etwas dabei
- 14 **FREIES RADIO: LOKAL, STABIL UND UNABHÄNGIG**
Radio CORAX, das freie Radio aus Halle
- 16 **SCHRITTMACHER FÜR DEN LOKALJOURNALISMUS**
- 18 **HILFE, WIR HABEN DIE PRESSELANDSCHAFT GESCHRUMPT**
- 19 **KÜNSTLICHE INTELLIGENZ IM LOKALJOURNALISMUS**

MEDIEN UND RECHT

- 4 **PRESSEFREIHEIT AUSGELADEN?**
Wissenswertes zum Thema Akkreditierung

KOMMENTAR

- 5 **WENIGER SELBSTZENSUR – MEHR HANDELN**

MEDIENPOLITIK

- 20 **GROSSE AUFGABEN, KLEINES BUDGET**

BERUF

- 22 **ALLE REDEN ÜBERS WETTER**
Warum der Klimawandel kein Thema für den ÖRR ist

DIGITALES

- 24 **POLITISCHE MEINUNGSBILDUNG MIT KÜNSTLICHER INTELLIGENZ**

INTERNATIONAL

- 26 **TUNESIEN DRANGSALIERT DIE MEDIEN**
54 – das ist die Zahl, die Journalist*innen in Tunesien umtreibt
- 28 **HAFT FÜR KRITIK AN DER REGIERUNG**
Aktion für Mohamed Youssouf Bathily und Rokiatou Doumbia, Mali

VER.DI UNTERWEGS

- 29 **ABSCHLÜSSE IN DEN GROSSEN SENDERN**
Konkrete Verbesserungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
- 30 **BASTIAN BERNHARDT, BADISCHE ZEITUNG**
Porträt
- 31 **DER DEUTSCHE FAIRNESSPREIS 2026 FÜR „IM OSTEN WAS NEUES“**
- 31 **EINIGUNG IM TARIFKONFLIKT BEI CINEMAXX**
- 31 **IMPRESSUM**



ALLE PODCASTS UNTER:
MMM.VERDI.DE/PODCAST



Kunst oder Cliché: Wer über den Kaninchenzuchtverein berichten kann, hat sein Handwerk gelernt.

Foto: 123rf/murbanska00

Wissen, wie der Hase läuft



Unabhängiger Lokaljournalismus ist wichtig, weil wir alle das Bedürfnis nach Information und Einordnung haben. Das gilt für die große Weltpolitik, wie auch für unser näheres Umfeld. Ökonomisch, politisch und gesellschaftlich ist der Lokaljournalismus allerdings in der Klemme. Sinkende Abozahlen und rückläufige Einnahmen im Anzeigensektor haben viele Verlage in eine wirtschaftliche Schieflage gebracht. Wo lokale oder regionale Zeitungen schrumpfen oder verschwinden, entstehen Leerstellen, die andere Medien nicht füllen wollen, können oder dürfen. Kolleg*innen werden immer häufiger bei der Arbeit bedroht. Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird politisch angefeindet und muss ebenfalls sparen. Wenn Informationen als Basis für Teilhabe aber wegfallen, gibt es auch kein Korrektiv mehr für Macht und Politik. Die Watchdog-Funktion der Presse gerät in Gefahr.

Gleichzeitig spielen Soziale Netzwerke, Suchmaschinen und KI eine wachsende Rolle im Journalismus. Die Abhängigkeit von Tech-Konzernen wächst. Und mit ihr die Sorge vor deren Einfluss, vor Desinformation und der Macht von Algorithmen. Die gesellschaftliche Gefahr dieser Entwicklung ist durchaus erkannt. Kleinere Projekte, NGOs und einige Landesmedienanstalten stemmen sich dagegen. Der große Wurf bleibt aber aus. Weder die bitter nötige Plattformregulierung, noch die verfassungsgemäße Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kommen voran.

Gute Inhalte und guten Lokaljournalismus gibt es. Den zu erhalten und an Stellen wieder aufzubauen, wo er dünn wurde, ist eine wichtige Aufgabe.
In diesem Sinne, wünsche ich eine spannende Lektüre.

Julia Hoffmann

verantwortliche Redakteurin

Pressefreiheit ausgeladen?

Wissenswertes zum Thema Akkreditierung



Um gut über wichtige Ereignisse berichten zu können, ist der Zugang zu Veranstaltungen essenziell. Zugang ermöglicht eine Akkreditierung. Wenn diese verweigert wird, können Journalist*innen ihrer Arbeit nicht nachgehen. Fragen rund um die Erteilung und den Entzug einer Akkreditierung sind rechtlich aber bis heute nicht im Detail geklärt.

Was ist die Akkreditierung eigentlich?

Akkreditierung ist im Kern nichts anderes als eine Anmeldung: Wer über eine Veranstaltung berichten will, meldet sich beim Veranstalter an, weist sich als Journalist*in aus, zum Beispiel durch den bundeseinheitlichen Presseausweis oder einen Hausausweis, und bekommt im Gegenzug den Zugang, oft samt Platz im Pressebereich, WLAN oder Interviewmöglichkeiten. Der Veranstalter prüft dabei in der Regel nur formale Kriterien: Ist die Anmeldefrist eingehalten, liegt ein gültiger Presseausweis vor, ist noch Kapazität da?

Sich auf Kapazitätsgründe zu berufen ist erstmal legitim. Ein Saal ist irgendwann voll. Problematisch wird es, wenn „kein Platz mehr“ nur vorgeschoben wird, um bestimmte Redaktionen gezielt auszusortieren oder Berichterstattung unverhältnismäßig einzuschränken.

Rechtslage bei Staat und Behörden

Bei staatlichen Stellen ist die Sache vergleichsweise klar. Ministerien, Ämter und Parlamente sind unmittelbar an Art. 5 GG und die Landespressegesetze gebunden, die einen Anspruch der Presse auf Akkreditierung begründen. Wer als Behörde die Pressearbeit organisiert, muss zudem Art. 3 GG beachten: Sachliche Kriterien wie Reichweite oder Kapazität dürfen eine Rolle spielen. Die redaktionelle Haltung eines Mediums nicht. Dabei müssen allen Pressevertreter*innen eine gleichberechtigte Chance auf Akkreditierung bekommen. Der bundeseinheitliche Presseausweis ist dabei als Werkzeug hilfreich, denn er vereinfacht den Nachweis der journalistischen Tätigkeit. Die Behörde muss aber auch andere Belege akzeptieren, beispielsweise eine Redaktionsbestätigung oder vergangene Veröffentlichungen.

Parteien sind keine Behörden und nicht unmittelbar grundrechtsgebunden. Trotzdem hat die Rechtsprechung entschie-

den, dass Parteiveranstaltungen aufgrund ihrer Nähe zum Politikbetrieb eine besondere Rolle zukommt. Art. 21 des Grundgesetzes verpflichtet die Parteien zur Öffentlichkeit. Die Presse oder einzelne Medien aus politischen Gründen auszuschließen, ist nicht zulässig.

Schon 2023 wollte die AfD Thüringen ein Fernsighteam der Sendung ARD-„Monitor“ von ihrem Landesparteitag fernhalten. Das Landgericht Erfurt entschied im Eilverfahren: Das Team darf berichten. Bei einer Wahlparty 2024 wiederholte sich das Szenario. Mehrere Medienhäuser waren nicht akkreditiert worden, während andere – etwa Welt TV – einen

Zugang bekamen. Das Gericht gab den Klägern per einstweiliger Verfügung recht. Ihnen sei ein Zugang „in gleichem Umfang wie anderen Medienvertretern“ zu gewähren.

Als Reaktion schloss die AfD lieber gleich alle Journalist*innen aus und verhinderte somit externe Berichterstattung von der Wahlparty gänzlich. Ob das mit der Verpflichtung politischer Parteien vereinbar ist, ihre Prozesse demokratisch und dementsprechend öffentlich zu organisieren, muss aus verfassungsrechtlichen Gründen bezweifelt werden.

Zugang zu privaten Veranstaltungen

Private Veranstalter können sich auf ihr Hausrecht berufen und Journalist*innen ausschließen. Dieses Recht besteht aber nicht grenzenlos. Die Rechtsprechung erkennt eine mittel-

bare Drittwirkung der Grundrechte an. Auch Private müssen sich an Grundprinzipien wie das Diskriminierungsverbot halten, wenn ihre Veranstaltung eine erhebliche öffentliche Bedeutung hat oder sie faktisch eine Monopolstellung innehaben. Das ist zum Beispiel bei Großveranstaltungen wie Fußballbundesligaspielen oder exklusiven Pressekonferenzen zu wichtigen gesellschaftlichen Themen der Fall.

Die Presseakkreditierung ist also nicht nur eine Formalie. Rechtlich dürfen Journalist*innen nicht in jedem Fall ausgeschlossen werden. Je aufgeladener die Thematik, desto sensibler muss man auf die Zulassungspraxis für Journalist*innen schauen. Die willkürliche Verweigerung einer Presseakkreditierung kann einen Eingriff in die Pressefreiheit und eine Behinderung freier Berichterstattung darstellen. <<



Jasper Prigge
ist Rechtsanwalt für
Urheber- und Medienrecht
in Düsseldorf

Foto: Kay Herschelmann

Weniger Selbstzensur – mehr Handeln



Nach dem Sachsen-Anhalt-Schock ein leichtes Aufatmen, denn auch wenn in Mecklenburg-Vorpommern die AfD die meisten Stimmen für eine Partei geholt hat und auch wenn sie in Berlin Stimmengewinne hatte: In beiden Bundesländern haben die Wähler*innen für Mehrheiten links der Mitte gestimmt. In Berlin – und das hat mehr Einwohner*innen als Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zusammen – sogar deutlich.

Dennoch hat in zwei Bundesländern eine Partei, die sich mal offen, mal schlecht verdeckt demokratie- und pressefeindlich gibt, die meisten Wählerstimmen eingesammelt.

Die AfD pfeift auf die Pressefreiheit

Für die Presse- und Meinungsfreiheit in Deutschland verheißt das nichts Gutes. Denn die AfD geht aggressiv vor. Nicht nur, dass sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen will. In der Vergangenheit kam es im Umfeld von Parteiveranstaltungen auch immer wieder zu Übergriffen auf Journalist*innen. Und bei der Wahlfeier der Sachsen-Anhalt-AfD wurden Kolleginnen und Kollegen bedrängt und angegriffen. Obwohl die Ereignisse in ihrer eigenen Bubble live gestreamt wurden, will die Partei davon erst im Nachhinein erfahren haben. Tun, Abstreiten, Normalisieren – das ist eine Handlungsabfolge, die man von den Rechtspopulisten mittlerweile kennt.

So zynisch es klingt: Wer es überhaupt schaffte, auf der AfD-Wahlparty von den Fans der Partei angegangen zu werden, hatte noch Glück: Zahlreiche Journalist*innen haben nicht einmal eine Akkreditierung erhalten, darunter internationale renommierte Medien, wie Le Monde oder das tschechische Fernsehen. Schon im Sachsen-Anhaltinischen Wahlkampf dokumentierte die dju 46 Übergriffe von Rechts auf Medienschaffende – und das nur von Mai bis Anfang September.

Wie würde das erst in einer Regierung Siegmund aussehen, wenn die Rechtsextremen aus dem AfD-Umfeld sich erst recht ermächtigt fühlen? Es steht zu befürchten, dass über die Täter eine schützende Hand gehalten wird. Schon in der Vergangenheit war es in manchen Bundesländern schwieriger als in anderen, pressefeindliche Übergriffe zur Anzeige zu bringen.

Die Schutzwirkung des bundeseinheitlichen Presseausweises hängt vom Wohl und Wehe der Innenministerkonferenz (IMK) ab und bei der gilt bisher das Konsensprinzip. Was, wenn sich

ein AfD-Innenminister querstellen würde? Dann würden die Bemühungen von Journalistengewerkschaften und Verlegern um Jahre zurückgeworfen und der Presseausweis entwertet.

Die größte Gefahr für die Medienfreiheit, die vom AfD-Hype ausgeht, hat ihren Ursprung aber in den Sendern und Verlegern selbst. Viele Medienhäuser üben sich in Selbstzensur. Statt Haltung zu zeigen, versuchen zahlreiche Verleger und Intendanten, die AfD zu besänftigen und ihr mehr Raum zu geben, als sie verdient. Dadurch haben sie zur Popularität der Rechtsextremen beigetragen.

Noch viel schlimmer: Bei einigen wenigen steckt Kalkül dahinter: Sie hoffen, zu profitieren, wenn kritische Stimmen immer weiter verstummen. Anders ist es nicht zu erklären, dass eine kleine Phalanx bürgerlicher Medien geradezu versessen darauf scheint, die AfD an die Macht zu schreiben.

Das Bitterste daran: Für diese Ziele braucht das Kapital eigentlich nicht einmal eine AfD: So, wie CDU-Ministerpräsidenten versuchen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu gängeln, ein Kulturstatsminister den Kulturbetrieb maßregelt, statt ihm seine Freiheit zu lassen und die Bundesregierung Arbeitnehmerrechte rasieren will, geht es auch ohne die Blauen. Nur sind die einmal an der Macht, könnte es sein, dass man sie nicht mehr abwählen kann.

Wer die Pressefreiheit erhalten will, muss deshalb jetzt mutig, starrköpfig und laut sein. Nicht nur den Rechten gegenüber, sondern auch am eigenen Arbeitsplatz in den Verlagen und Sendern: Keine Zeile den Faschisten! **Lars Hansen <<**

„... dass eine kleine Phalanx bürgerlicher Medien geradezu versessen darauf scheint, die AfD an die Macht zu schreiben ...“

Lars Hansen, Redakteur in der Funke Mediengruppe und Co-Vorsitzender der dju in ver.di

Foto: Stephanie von Becker



Lokaljournalismus ist das Herzstück vielseitiger Berichterstattung. Zugleich befindet sich Lokalberichterstattung unter enormem Druck. Der Lokaljournalismus kämpft um seine Daseinsberechtigung. Können gezielte Förderung, neue Formate und mehr Aufmerksamkeit diese Form journalistischer Arbeit retten und ihr wieder zu mehr Wertschätzung und Anerkennung verhelfen?



Ins Herz getroffen

Von Claudia Krieg

„E

chte Reporter*innen sitzen nicht in der Bundespressekonferenz, sondern schießen um 11 Uhr Fotos beim Grillfest der Freiwilligen Feuerwehr, schauen sich nachmittags das Kindertheater in der Turnhalle an und schreiben

am Abend bei der Hauptversammlung des Geflügelzuchtvereins mit.“ Wer nach einer Definition von Lokaljournalismus sucht: das wäre eine. Sie stammt aus dem ZDF Magazin Royale vom 20.09.2024 „Wie Rechtspopulisten die Krise des Lokaljournalismus nutzen“ und sie erklärt, warum diese Arbeit so wichtig ist: Sie handelt von echten Menschen und ihrem Leben.

Dinosaurier der Medienlandschaft: Tageszeitungen

Die höchste Reichweite hatten lokaljournalistische Beiträge über Jahrzehnte vor allem in regionalen Tageszeitungen. Viele haben ihre gedruckten Auflagen inzwischen massiv verringert oder ganz ein- beziehungsweise auf Online-Auftritte umgestellt. Eine entscheidende Ursache war der bereits mit der Jahrtausendwende beginnende Einbruch des Werbemarkts, der mehrheitlich das Rubrikengeschäft vieler Blätter finanziert hatte. Viele Verlage stiegen in diesem Zuge auf multimediale Erscheinungswege und andere Strategien um.

Aber auch da, wo Einnahmeverluste über Preisanhebungen oder Personaleinsparungen kompensiert wurden und werden, gehen die Leser*innen-Zahlen zurück. Die Aufgabe, Menschen möglichst breit und umfassend zu informieren, wird hier zugunsten kapitalwirtschaftlicher Interessen zurückgestellt – allen voran derer großer Medienhäuser wie Madsack und Funke.

Die Zusammenlegungen von Redaktionen und damit einhergehend der Verlust regionalspezifischer Berichterstattung gelten als wirtschaftliche Maßnahme, schwächen aber vor allem im ländlichen Raum die lokaljournalistische Arbeit. Die mit Aufwand und Kosten verbundene Zulieferung vor allem in dünn besiedelten Regionen wird als verzichtbar erachtet. Entwicklungen wie Nachrichtenwüsten und Nachrichtenvermeidung sind nur zwei der Schlagworte, die umschreiben, wieviel journalistische Informationen und Einordnungen an politischem und gesellschaftlichem Stellenwert eingebüßt haben.

Plattformen drücken auf Qualitätsjournalismus

Zwar versorgt sich ein Großteil der Menschen nach wie vor regelmäßig mit Nachrichten, zugleich werden die Gegenstände der qualitativen Berichterstattung in gleichem Maße komplexer wie die Zugänge spezifischer und individueller.

Foto: 123rf/ Sergei Tolmachev

Plattformkonzerne erfüllen mit ihren algorithmischen und werbefinanzierten Angeboten und Kanälen sowohl ihre eigenen Interessen als auch das wachsende Bedürfnis nach simplifizierenden Echokammern. Sie schüren das Misstrauen gegenüber Qualitätsmedien, die den Verlust ihrer Deutungs- und Reichweite-Kunstformen nur langsam erkennen und aufarbeiten.

Die überproportional hohe Dichte an Falschnachrichten und Desinformation haben den Aufstieg von Big Tech eher noch befördert. Weiter beschleunigt hat ihn der Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Bislang sind es allein Staaten und Staatengemeinschaften, die dieser Dynamik mithilfe juristischer Barrieren Einhalt gebieten können. Allerdings sind viele Profiteure und ihre Lobbyisten in der politischen Sphäre fest verankert.

Gesucht: Konkrete Öffentlichkeit, lokale Verankerung

So driften in ganzen Regionen Öffentlichkeiten und gesellschaftliche Entitäten auseinander, es fehlt an konkreten Begegnungs- und Verständigungsebenen. Zugleich finden sich viele Menschen in öffentlicher Berichterstattung nicht (mehr) wieder beziehungsweise betrachten diesen Umstand inzwischen als Problem. Regionale Formate und Inhalte verschwinden oder verändern sich derart, dass ein Teil der Nutzer*innen gleich ganz auf die journalistischen Produkte verzichtet.

Die freiwerdenden Lücken und Räume nutzen vor allem Akteure, die über finanzielle Ressourcen verfügen, um eigene Medienkanäle zu betreiben oder sich mithilfe von lokalen Anzeigenblättern als (neutrale) regionale Angebote zu gerieren. Viele gehören dem rechtspopulistischen bis rechtsextremen Spektrum an.

Sie bespielen das Prinzip der Aufmerksamkeitsökonomie vor allem mittels boulevardesker Empörung und Krisenstimmung. Journalistische Standards sind für sie verzichtbar. Damit einher geht im Kulturkampf-Duktus von rechts: Die Unterstellung, Medien und allen voran der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk verfüge über keine oder zu wenig staatliche Unabhängigkeit. Polemisch angeheizt wird das Ganze mit Begriffen wie „Lügenpresse“ oder „Mainstream-Medien“. Eine weitere Erschwernis für den Lokaljournalismus. Nicht nur strukturell, sondern auch für Reporter*innen, die sich in den vergangenen Jahren verstärkt tätlichen Angriffen ausgesetzt sehen, wenn sie vor Ort recherchieren und arbeiten.

Projekte, die sehr konkrete lokale Angebote entwickelt haben, um die Nachrichtenkompetenz zu stärken und das Vertrauen in Medien (wieder) herzustellen, sehen sich mit unerwarteten Herausforderungen konfrontiert. „Wo nichts ist, ist es auch schwer, an etwas anzuknüpfen“, erklärt zum Beispiel Judith Kretzschmar, die das Projekt „Bürger machen Journalismus“ der Universität Leipzig in zehn sächsischen Landkreisen leitet. „Volkshochschulen, Kirchenchöre, soziokulturelle Zen-



tren, Amtsblätter – wir suchen überall nach interessierten Menschen ab 18 Jahren und nach Multiplikatoren, aber der Rücklauf ist bisher gering“, berichtet Kretzschmar über die Schwierigkeiten, Medienprofis und Bürger*innen niedrigschwellig und langfristig zusammenzubringen, um passgenaue lokale Formate zu entwickeln.

Lokaljournalismus ist Infrastruktur

Wenn in kleinen und ländlichen Gemeinden Dorfkneipen, kleine Supermärkte oder im Osten eben der „Konsum“ schließen, der öffentliche Nahverkehr auf ein Minimum heruntergefahren ist und die Mobilität sich auf individuelle Verfügbarkeiten verlagert, dann verlieren die Menschen sowohl den Zugang zu Austausch und Begegnung als auch zu Information und Beteiligung. Populismus fördert das Ausweichen auf weltpolitische Großthemen und Sündenbock-Strategien für Probleme, die lokal nicht zur Lösung kommen. Gleichzeitig sind gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationsprozesse im Bereich Klima, Infrastruktur sowie Energie- und Mobilität derart dynamisch und zahlreich, dass es nicht genug niedrigschwellige Öffentlichkeit geben kann, um die damit verbundenen Fragen, Ängste und Veränderungen zu beobachten und zu betreuen.

Für den Bereich Lokaljournalismus eröffnet sich dadurch zusätzlich eine Vielfalt von Themen, die auch im Sinne des Gemeinwohls zu bearbeiten dringend und nötig wäre. Man-

che Akteure haben inzwischen erkannt, dass gerade im Bereich von lokaler Demokratiewerk gemeinwohlorientiertem Journalismus eine tragende Rolle zufällt. Besonders in den ostdeutschen Bundesländern gibt es aus vielen Bereichen die Forderung, Lokaljournalismus flächendeckend und vielfältig zu fördern, weil man erkannt hat: Ohne Lokaljournalismus fehlt eine Kontrollinstanz, die politische Polarisierung nimmt zu, das gesellschaftliche Engagement wird weniger.

So fördert die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg seit 2021 regelmäßig und gezielt neue lokaljournalistische Angebote, die sächsische Landesmedienanstalt seit 2023. Das Netzwerk Recherche unterstützt gezielt lokale Arbeiten, die mit investigativer Recherche und damit zeit- und geldaufwändig sind. Das Medienhaus Correctiv hat mit Correctiv.Lokal eine bundesweite Vernetzung von Lokaljournalist*innen ins Leben gerufen.

Strukturförderung eingestellt

Im Mai dieses Jahres diskutierte auch die Bundesregierung zum Thema „Meinungsvielfalt und Bürgerbeteiligung – Lokalmedien als unverzichtbarer Baustein unserer Demokratie“. Die Strukturförderung der Bundesregierung unter Olaf Scholz (SPD) wurde dennoch nach zwei Förderperioden eingestellt. Ein weiteres Geschenk an diejenigen, die sich schon jetzt damit brüsten, wie sie demokratische Rechte, wozu auch die Pressefreiheit gehört, massiv attackieren und abbauen werden. <<



Foto: Shutterstock / Wirestock Creators

„Eine Chance für den Lokaljournalismus“



Justus von Daniels ist seit 2019 Chefredakteur des Medienhauses CORRECTIV. Zusammen mit Anette Dowideit leitet er die Redaktion.

Nach Jurastudium und Promotion arbeitete er als freier Journalist, bevor er 2015 als Investigativreporter zu CORRECTIV kam. 2018 baute er das Netzwerk CORRECTIV.Lokal auf, in dem mittlerweile über 2.000 Medienschaffende sind. Für seine Recherchen wurde er mehrfach ausgezeichnet. Mit ihm sprachen wir über Community-Formate, Nachrichtenwüsten und Bürgerbeteiligung im Lokaljournalismus.

M | Seit langem ist viel von „der Krise des Lokaljournalismus“ zu hören. Wie würden Sie diese Krise beschreiben?

Justus von Daniels | Der gesamte Journalismus ändert sich: Die Produktionsbedingungen im Zuge der Umstellung von print auf digital, aber auch das Konsumverhalten. Nun müssen wir alle daran arbeiten, das Verhältnis zwischen Medienschaffenden und -Nutzenden neu zu bestimmen und besser zueinanderzukommen. Dass auch im Lokalen der Journalismus unter Druck gerät, ist offensichtlich. Wegen der relativ diversen Verlagsstruktur in Deutschland steht der hiesige Lokaljournalismus aber noch verhältnismäßig gut da.

In den USA und in Großbritannien begann das Zeitungssterben schon vor vielen Jahren im großen Stil. In den sogenannten Nachrichtenwüsten, in denen es keine lokale Zeitung mehr gibt, wird die Berichterstattung nun von einigen wenigen überregionalen Medien geleistet. Damit gingen die Informationen und die Recherche vor Ort verloren. Immer nah dran zu sein an dem, was die Menschen betrifft – das war aber genau das, was den Lokaljournalismus über Jahrzehnte ausgezeichnet hat und dazu geführt hat, dass er im Vergleich zu anderen Medienarten ein enormes Vertrauen in der Bevölkerung genießt.

Krisen können auch Wendepunkte sein, Chancen für Nachjustierungen, innovatives Denken oder sogar für große Transformationen. Ist das für den deutschen Lokaljournalismus zu optimistisch gedacht?

Veränderungen bringen immer auch Chancen mit sich. Allerdings hängen am Lokalzeitungsmarkt viele Arbeitsplätze, das ist wichtig mitzudenken. Die Produktion in den großen Medienhäusern umzustellen ist möglich, kostet aber sehr viel Energie. Bei der Produktion einer gedruckten lokalen Tageszeitung sind Menschen

Immer nah dran zu sein an dem, was die Menschen betrifft – das war genau das, warum der Lokaljournalismus ein enormes Vertrauen in der Bevölkerung genießt.

mit anderen Aufgaben und Fähigkeiten involviert als bei einem Community-geprägten lokalen Onlineportal. Die Sozialen Netzwerke zeigen, dass Menschen ein großes Bedürfnis nach Austausch haben. Gleichzeitig werden diese Netzwerke auch manipuliert und sind viel zu wenig kuratiert. Genau hier sehe ich eine Chance für den Lokaljournalismus.

Sie haben 2018 Correctiv.Lokal mitgegründet. Wie genau arbeiten Sie in diesem Projekt?

Correctiv.Lokal ist ein kleines Projekt innerhalb der größeren Correctiv-Redaktion. Wir stellen



Foto: CORRECTIV/Ivo Mayr

unsere investigativen, datengetriebenen Recherchen lokalen Partnern zur Verfügung. So etwa, wenn wir bei einer großen, bundesweiten Recherche lokale Anknüpfungspunkte sehen. Beide Seiten werfen dann ihre Ressourcen zusammen und profitieren voneinander. Mitglieder in unserem Netzwerk sind Medienschaffende, die bei lokalen Zeitungen oder Sendern angestellt sind oder als Freelancer zu lokalen Themen arbeiten.

Gibt es eine Story aus Ihrem Netzwerk die Sie stolz macht, weil sie verdeutlicht: Ihre Arbeit hat Wirkung?

Ich denke an unsere Recherche zum deutschen Immobilienmarkt. In all den Städten, in denen wir diese Recherche zusammen mit den lokalen Partnern durchgeführt haben, haben wir eine aktive Stadtdebatte ausgelöst, wie sich die Situation verbessern ließe – auch zwischen den Bürger*innen und Politiker*innen. Genau das wollen wir im Kern mit unseren Recherchen erreichen. In einem anderen wichtigen Projekt haben wir deutschlandweit Daten zur Belegung von Frauenhäusern ausgewertet. Wir konnten zeigen, in welchen Regionen oder Bundesländern die Lage besonders prekär ist, wo es eventuell gar keine Frauenhäuser oder viel zu wenig Plätze gibt.

Ein zentrales Leitbild von Correctiv ist die sogenannte „redaktionelle Gesellschaft“. Was bedeutet das im Lokalen?

Das Leitbild meint vor allem: Wir alle sind nicht nur passive Empfänger von Informationen, sondern äußern uns auch als Sender in der Öffentlichkeit. Hinter diesem Leitbild steht die Idee, dass wir in einem gemeinsamen, öffentlichen Diskurs verantwortungsvoll miteinander kommunizieren müssen. Als Correctiv.Lokal legen wir daher darauf Wert, Menschen an unseren Recherchen zu beteiligen. Dafür haben wir ein digitales Portal entwickelt, über das wir Hinweise und Alltagswissen von Menschen sicher und strukturiert sammeln und auswerten können.

Lokaljournalismus kann und sollte genau das Gegenteil zur Isolation in der Blase schaffen: nämlich einen größtmöglichen Raum der gemeinsamen Verständigung.

Wird das denn auch angenommen?

Absolut. Unsere Recherche zum Immobilienmarkt hatte damals über 10.000 Teilnehmende. In einer gemeinsamen Recherche, mit dem Spiegel und regionalen Zeitungen, geht es um den Missbrauch von Medikamenten, was auch in Deutschland ein wachsendes Problem ist. Wir haben einen längeren Fragebogen entwickelt, in dem wir abfragen: Konsumierst du? Bist du Angehöriger? Welche Erfahrungen hast du? Den Fragebogen haben seit Juni 2026 über 2.500 Menschen beantwortet. Die so generierten Daten lassen sich für weitere lokale Recherchen nutzen. Vor Ort kann dann im besten Fall ein Verständnis dafür wachsen, dass wir alle miteinander an einem gesellschaftlichen Problem arbeiten. Idealerweise organisieren Lokalzeitungen Diskussionsveranstaltungen mit den Beteiligten von vor Ort.

Was braucht es, damit junge Journalist*innen den Lokaljournalismus für sich entdecken und in diesem Bereich beruflich andocken?

Menschen wollen sich immer stärker auch mit einer Person identifizieren, der man eine bestimmte Kompetenz zutraut und auch über eine gewisse mediale Präsenz zum Beispiel über Video oder Podcast verfügt. Bevor sich jemand als YouTuber einen Namen macht, sollte diese Person das doch lieber im Lokaljournalismus und im Namen eines lokalen Mediums tun. Die Verlagshäuser, und einige machen das auch schon, sollten zudem berufliche Möglichkeiten schaffen für Menschen, die gerne mit Communities arbeiten und im aktiven Austausch mit Menschen sind.

Genau das ist auch für den Lokaljournalismus eine Riesenchance: Austauschplattform zu sein, Inhalte zu kuratieren, in jeden Fall auch darauf zu reagieren, was die Abonnierenden gut oder auch nicht gut finden. Und da braucht es dann andere Fähigkeiten als früher. Das ist dann vielleicht nicht so sehr der Journalist, der von seinem Schreibtisch aus die Welt sieht, oder jemand, der vielleicht unterwegs ist und anschließend beschreibt, was er sieht – sondern Journalist*innen, die bereit sind und Lust haben, mit Menschen in Kontakt zu treten und diesen Austausch vielleicht auch ein bisschen provozieren.

Wo beobachten Sie solche Ansätze?

Ich glaube nicht, dass es da immer nur sehr zugespitzte Community-Formate sein müssen. Beteiligung funktioniert auch über Themen. Der Medikamentenmissbrauch etwa betrifft viele junge Leute, die Angst um Freunde haben oder die selbst konsumieren und einen Ausweg suchen. Zudem gibt es bereits lokale Formate, in denen einzelne Journalist*innen sich selbst zu einer kleinen Marke machen und durch ihre Arbeit das Vertrauen gewonnen haben, die richtige Person zur Einordnung von bestimmten Dingen zu sein.

In Sachsen-Anhalt hat die Mitteldeutsche Zeitung eine Pop-Up-Redaktion für längere Zeit am Bahnhof aufgebaut und die Menschen eingeladen, zu erzählen, was sie bewegt. Diese Idee haben sie weiterentwickelt und sind an Orte auf dem Land gefahren. Ich glaube, das sind genau die richtigen Wege, um als Zeitung anders sichtbar zu werden und auch in den analogen Kontakt zu kommen – und um andersherum auch die kleinen Orte, aus denen in der Regel nicht berichtet wird, sichtbar zu machen, Impulse aufzunehmen und spannende, relevante Geschichten zu sammeln.

Social Media hat auch im Lokalen den klassischen Journalismus vielerorts stark abgelöst. Die Folgen dieser Entwicklung sind die weitere Fragmentierung von Öffentlichkeiten, die Verdrängung von Debatten durch personalisierten Content sowie der weitere Bedeutungsverlust der klassischen Lokalmedien. Wie gehen Sie bei Korrektiv.Lokal mit diesem Problem um?

Lokaljournalismus kann und sollte genau das Gegenteil zur Isolation in der Blase schaffen: nämlich einen größtmöglichen Raum der gemeinsamen Verständigung. Über die sozialen Medien lässt sich da nur sehr schwer gegensteuern. Daher müssen lokale Medien eigene Kanäle mit einer wiederkehrenden Präsenz suchen, so wie Newsletter und digitale Abos. Dort können Räume für Debatten entstehen, die kuratiert sind und den Menschen zeigen, dass ein Gespräch stattfinden kann, auch wenn die Meinungen stark auseinandergehen. Von dort können Medien dann auch analoge Begegnungsorte anbieten. Das sind dann aber nicht nur neue berufliche Rollen, sondern auch andere Geschäftsfelder. **Interview: Till Schmidt <<**

Unterstützung für Lokaljournalismus

Ein Überblick über die Fördermöglichkeiten zeigt:
Für fast alle ist etwas dabei

Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg

Die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg fördert seit 2021 neue lokaljournalistische Inhalte. Grundlage der Förderung lokaljournalistischer Angebote ist der Staatsvertrag über private Medien in Berlin und Brandenburg (PMStV).

Inzwischen läuft die 5. Förderrunde mit jeweils bis zu 30 neuen lokaljournalistischen Projekten. 2025 hat die mabb überdies den Lokaljournalismus-Preis „Stadt_Land im Fluss“ ins Leben gerufen. 5.000 Euro gibt es hier in den Kategorien TV- und Hörfunk-Angebote, Podcasts, textbasierte Online-Angebote, Social Media-Formate, Crossmediale Angebote mit Veröffentlichung der Beiträge in den vergangenen 12 Monaten.

Netzwerk Recherche

Der Support Desk Lokale Recherche ist eine Anlaufstelle für Lokaljournalist*innen. Professionelle Journalist*innen helfen bei Anliegen zu Handwerk, Recherche, Tools und Methoden, aber auch bei ethischen Fragen. Seit 2026 gibt es ein neues Austauschformat für Lokaljournalist*innen.

In „Wie macht ihr das eigentlich?“ geht es auch um die Zugänge zu Fördermöglichkeiten. Außerdem schreibt Netzwerk Recherche regelmäßig für alle investigativ interessierten Lokaljournalist*innen ein Fellowship Lokale Recherche aus.

Correctiv.Lokal

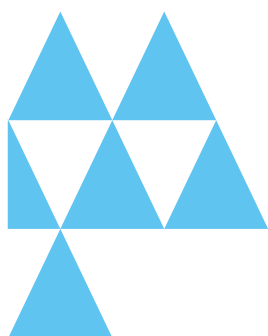
Correctiv.Lokal vernetzt Lokal- und Regionaljournalisten und stärkt ihre investigative Arbeit vor Ort. Über Netzwerk, jährliche Konferenz und exklusive Rechercheinhalte aus der Correctiv-Redaktion erhalten Lokal- und Regionalmedien Zugang zu Wissen, Material und Impulsen für ihre Arbeit.

Stiftungen

Die Brost-Stiftung fördert gemeinnützigen und lokalen Journalismus (und hat unter anderem auch das Medienhaus Correctiv mit aufgebaut). Die Schöpfung-Stiftung unterstützt Projekte wie „Investigate Europe“, „Relevanzreporter“ oder „Amal“ – und setzt sich dafür ein, dass gemeinnütziger Journalismus in Deutschland rechtlich besser abgesichert wird.

Der „Media Forward Fund“ wurde von ihr initiiert und wird inzwischen von über einem Dutzend Förderpartnern getragen – darunter die Rudolf-Augstein-Stiftung, die Bucerius-Stiftung, die Stiftung Mercator, die Allianz-Foundation, die Volkart-Stiftung und andere. Der Fonds unterstützt den Aufbau gemeinwohlorientierter, digitaler Medienangebote in Deutschland, Österreich und der Schweiz – auch im Lokalen.

Anzeige



**Deutsche
AIDS-
Stiftung**




MEDIENPREIS 2025/26
HIV/AIDS

EIN PREIS DER DEUTSCHEN AIDS-STIFTUNG

Die Deutsche AIDS-Stiftung nimmt für ihren Medienpreis Beiträge zum Thema HIV/AIDS aus allen Mediensektoren an. Die Beiträge müssen im Jahr 2025 oder 2026 erstmals in deutscher Sprache veröffentlicht worden sein.

Preisgeld: insgesamt 15.000 Euro
Einsendeschluss: 15. Januar 2027

Formlose Bewerbung an:
Deutsche AIDS-Stiftung
Münsterstraße 18 / 53111 Bonn
medienpreis@aids-stiftung.de
www.medienpreis-hiv.de

Förderer: **vfa** Die forschenden
Pharma-Unternehmen





Freies Radio: Lokal, stabil und unabhängig

Radio CORAX, das freie Radio aus Halle, der zweitgrößten Stadt Sachsen-Anhalts, erlangte in den vergangenen Monaten einige Bekanntheit. Denn die AfD greift den kleinen Lokalsender offensiv an.

Im Wahlprogramm der AfD, das der Rechtsextremismus-Experte David Begrich als „Dokument der völkischen Radikalisierung“ bezeichnet, hatte sie im Bereich „Medien“ neben dem angekündigten Ausstieg aus den Medienstaatsverträgen angekündigt, man werde dem Sender „den Geldhahn zudrehen“. Die Begründung: dieser biete „allen Spielarten des linken Fanatismus, der perversen Regenbogenideologie und des Genderismus eine Plattform“, verbreite „Antifa-News“ aus einer „antideutschen Terrororganisation“. Meinungen, die „sich nicht der herrschenden Ideologie anschließen“, werde der Zugang verwehrt. Deshalb werde die zuletzt jährlich etwa 200.000 Euro umfassende Förderung gestrichen.

Das sei „viel Aufmerksamkeit für einen Sender, der über UKW auf der Frequenz 95,9 Megahertz

vorwiegend im Süden des Bundeslandes zu empfangen ist und in dessen Kernsendegebiet gerade einmal 400.000 der 2,1 Millionen Sachsen-Anhalter leben“, schreibt dazu Hendrik Lasch. CORAX erreiche trotz breiterer geografischer Bekanntheit auch zu besten Zeiten nur einen fünfstelligen Hörerkreis.

Kleines Radio mit vielen Unterstützer*innen

„Der Fokus auf unser Projekt überrascht uns nicht. Radio CORAX steht für alles, was die AfD Sachsen-Anhalt abschaffen will“, erklärt Programmchef Alex Körner gegenüber M. Nicht nur positionieren sich Hunderte ehrenamtliche Vereinsmitglieder von Radio CORAX klar gegen rechte und völkische Propaganda. Dass die Kritiker*innen eines von der extrem rechten Gruppierung „Identitäre Bewegung“ (IB) eröffneten

Zentrums in der Innenstadt von Halle im Lokalradio viel Gehör bekamen, mag mit ein Grund dafür gewesen sein, dass die IB nach nicht einmal zwei Jahren das Haus wieder aufgeben musste. Auch die aktuelle Kampagne für Fördermitgliedschaften, mit der einem möglichen Mitelentzug zuvorgekommen werden soll, ist enorm erfolgreich: 959 Menschen – die Zahl steht für die Sendefrequenz – für den Förder- und Freundeskreis waren innerhalb weniger Monate zusammen. Solche Erfolge schaffen Reichweite und reizen die machtgerige und zerstörerische extrem rechte AfD.

Diese setzt sich ihr Playbook der autoritären Gesellschaftsumgestaltung aus verschiedenen Vorlagen zusammen. Beim Lokalradio, so Körner in einem Interview mit der Taz, nehme sich die Partei ein Vorbild am ehemaligen Ministerpräsidenten Ungarns, Viktor Orbán. „Da gab es aus der 89er-Bewegung heraus eine reichhaltige Radiolandschaft. Das war nicht ohne Grund mit das Erste, was Orbán plattgemacht hat.“ Was die illiberale Demokratie unter Viktor Orbán zerstört hat, kann sich seit dem Wahlsieg von Peter Magyar im April 2026 nun zumindest teilweise wieder regenerieren.

Dem rechtsautoritären Umbau widerstehen

Selbst, wenn die AfD ihr Regierungsprojekt in Sachsen-Anhalt nicht wie geplant umsetzen kann: Der Druck auf den öffentlich-rechtlichen

Rundfunk ist schon jetzt enorm hoch; nichtkommerzieller Lokalfunk hat es da nicht wesentlich einfacher. Zumal der Leiter der Landesmedienanstalt Sachsen-Anhalt eher mit Krawallmedien wie Nius und der Ostdeutschen Allgemeinen Zeitung liebäugelt und zum „Halleschen Mediengespräch“ vor der Wahl nicht einmal die Magdeburger Volksstimme einlud.

In dieser Gemengelage kann dem Lokalradio CORAX als freier Sender demnächst möglicherweise eine vollkommen neue Rolle zukommen. Denn gerade jetzt braucht es die unabhängige Radio-Stimme im Lokaljournalismus, die standhaft und unbeeindruckt für eine vielfältige Medienlandschaft in Sachsen-Anhalt steht.

Claudia Krieg <<



Radio Corax

Radio CORAX sendet seit dem 1. Juli 2000. Getragen wird der Sender vom gemeinnützigen Radioverein Corax e. V., der 1993 gegründet wurde.

Die ca. 150 Sendungen werden zum größten Teil von eigenen tagesaktuellen Redaktionen gestaltet, darunter andere freie Radios.

CORAX wurde mit verschiedenen journalistischen Preisen ausgezeichnet.

Anzeige

HW HERBERT VON HALEM VERLAG



MANDY TRÖGER

Die Treuhand und die ostdeutsche Presse.
Privatisierung, Konflikte und
medienstrukturelle Langzeitfolgen 1990–1994

2026, Broschur, 213 x 142 mm, dt.

ISBN (Print) 978-3-86962-763-2 | 35,00 EUR
ISBN (PDF) 978-3-86962-764-9 | 29,99 EUR
ISBN (ePub) 978-3-86962-765-6 | 29,99 EUR



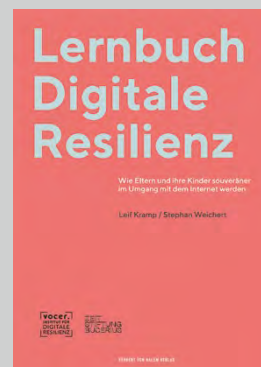
SIEGFRIED WEISCHENBERG

Schuld und Geheimnis.
Bekenntnisse von Legenden in der
deutsch-jüdischen Publizistik

2026, 716 S., Hardcover (Faden), 240 x 170 mm, dt.

ISBN (Print) 978-3-86962-747-2 | 76,00 EUR
ISBN (PDF) 978-3-86962-748-9 | 64,99 EUR
ISBN (ePub) 978-3-86962-749-6 | 64,99 EUR

Komplettes Programm unter <https://www.halem-verlag.de>



LEIF KRAMP / STEPHAN WEICHERT

Lernbuch Digitale Resilienz.
Wie Eltern und ihre Kinder souveräner im
Umgang mit dem Internet werden

2026, 232 S., Broschur, 240 x 170 mm, dt.

ISBN (Print) 978-3-86962-753-3 | 29,00 EUR
ISBN (PDF) 978-3-86962-754-0 | 24,99 EUR

Schrittmacher für den Lokaljournalismus



Im Lokalen schlägt das Herz des Journalismus, hier ist er für die Menschen besonders gut erlebbar.“ So Netzwerk Recherche, das Lokaljournalist*innen mit einem

Fellowship Lokale Recherche und einem Support Desk unterstützt, da sie unter wachsendem Druck Demokratie und mediale Glaubwürdigkeit verteidigen müssen.

Projektleiterin ist Maria-Mercedes Hering, die als Redakteurin bei der „Augsburger Allgemeinen“ arbeitete und Mitglied im Netzwerk von Correctiv.Lokal war, als sie vor knapp einem Jahr ihre Arbeit bei Netzwerk Recherche aufnahm. Beide Organisationen wollen den Lokaljournalismus stärken und ihre Arbeit ergänzen, so Projektleiterin Hering im Gespräch mit M: „Wir machen eher Einzelfallberatung, Correctiv.Lokal fördert gemeinsame Recherchen von Kolleg*innen, die zu groß sind für einzelne Medien.“

Leserbindung und neue Abos

Auf der Jahreskonferenz von Netzwerk Recherche im Juni berichteten zwei Absolvent*innen des Fellowship-Programms von ihren Projekten. Anna-Sophie Kächele, Lokalreporterin bei der Stuttgarter Zeitung und den Stuttgarter Nachrichten, recherchierte zur Maskenausschreibung während der Corona-Pandemie. Sie wollte wissen, welche Rolle die Beratungsfirma Ernst and Young dabei hatte, doch EY und auch das Bundesgesundheitsministerium mauerten, sodass immer noch eine Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz laufe: „Die Geduld schwindet. Als Lokaljournalistin bin ich gewohnt, immer einen gewissen Output pro Woche zu haben.“ Daraufhin habe sie alle Lieferant*innen aus Baden-Württemberg herausgefiltert und auch zum Reden bekommen, weil sie abgestempelt wurden als „Abzocker staatlicher Gelder“. Daraus entstanden Artikel wie „Sechs Jahre nach der Pandemie. Maskenlieferant: „Der Bund hat sein Saubermann-Image verloren“. Kächele resümiert, das Fellowship habe ihr Handwerkzeug wie hartnäckiges Fragen,

Selbstvertrauen und Kontakte vermittelt. Sie habe bei ihrer Redaktion ein Hinweisportal eingerichtet mit Erklärungen zum Quellenschutz. Es gebe immer viel Rücklauf, wenn sie unter ihre Artikel schreibe „Wenn Sie noch was wissen...“. Mit einer halben Stelle ist sie nun Investigativ-Koordinatorin des Medienhauses Neue Presse-gesellschaft. Die Chefredaktion sehe in Recherchen ein „großes Potenzial“ für Leserbindung und neue Abos.

„Offene Ohren“ bei Publikum und Politik

Sebastian Fobbe arbeitete für das digitale Lokalmedium RUMS, als er von November 2025 bis März 2026 als nr-Fellow in der Münsteraner Hochhaussiedlung „Die Schleife“ recherchierte. Die Häuser in Münster-Kinderhaus seien kommunal erbaut und später privatisiert worden.

Wir (Netzwerk Recherche) machen eher Einzelfallberatung, Correctiv.Lokal fördert gemeinsame Recherchen von Kolleg*innen, die zu groß sind für einzelne Medien.



Der aktuelle Großvermieter ZBI (Zentral Boden Immobilien Gruppe) habe jahrelang nicht saniert. Die Folge: Schimmel, Ratten, kalte Heizungen, Stromausfall. Schwierig sei es gewesen, Kontakt zu Mieter*innen zu bekommen, da sich Sozialverbände „paternalistisch vor sie stellten“. Deshalb besuchte er einen kostenlosen Mittagstisch, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Andere Kontakte bekam er von der Linkspartei, die in der „Schleife“ Haustürgespräche führte. Als er die Besitzverhältnisse klären wollte, erhielt er erst mit Unterstützung aus dem Netzwerk Recherche Einsicht ins Grundbuch. Aus Fobbes Recherche entstanden eine fünfteilige Artikelserie mit Reportagen, Analysen, Experteninterview und ein Podcast mit einem Werkstattgespräch zur Recherche. Themen waren „Das Geschäft mit dem Verfall“ oder „Was wird aus der Schleife?“ Bei den Leser*innen erfuhr er eine gute Resonanz und in der Politik sei das Thema auf offene Ohren gestoßen, so Fobbe. Die Stadt Münster wolle sich Vorkaufsrechte für das Unternehmen sichern. Außerdem gab es eine Univeranstaltung zu Problemimmobilien.

Maria-Mercedes Hering unterstützt Fellows in allen organisatorischen Dingen, kümmert sich um Fortbildungen, Mentoring und Vernetzung. Sie steht außerdem allen festangestellten oder

freien Journalist*innen zur Seite, die sich beim Support Desk melden. Oft gehe es darum, ausführlich über eine Recherche zu sprechen, Gedanken zu sortieren, Informationsquellen wie Expert*innen oder Datenbanken zu finden. „Das ist eine sehr erfüllende Arbeit“, sagt sie. Doch es bereite ihr Sorge, dass selbst in gut ausgestatteten Redaktionen keine Zeit mehr für solche kollegialen Gespräche bleibt: „Hier spürt man besonders, welcher Druck gerade auf dem Lokaljournalismus lastet.“

Gemeinsamer Austausch

Mit der Online-Austausch-Reihe „Wie macht Ihr das eigentlich?“ will sie Lokaljournalist*innen zusammenbringen, die sich dort über Themen austauschen können, die sie in ihrer Arbeit bewegen. Dabei gebe es auch Berührungspunkte zum Netzwerk von Correctiv.Lokal, mit dem sie im März eine Auftaktveranstaltung unter dem Titel „Wie Lokaljournalist*innen über Landtagswahlen und AfD berichten können“ organisierte. Es folgten im Juni „Weg vom Schreibtisch hin zu den Menschen vor Ort“ und im September ging es um die Berichterstattung über „geschlossene Milieus“ – wie Rechtsestherik, Neonazis im Kampfsport oder eine völkische Bewegung.

Bärbel Röben <<



inweise

Netzwerk Recherche „Projekt Lokaljournalismus“:

<https://netzwerkrecherche.org/wir-staerken/lokaljournalismus/>

Correctiv.Lokal:

<https://correctiv.org/projekte/lokal/>

Foto: 123rf/ufabizphoto



Hilfe, wir haben die Presselandschaft geschrumpft



Viele Verlage versuchen ihre Kosten zu senken, indem sie in hohem Tempo in die digitale Welt drängen. Mit KI-Anwendung und Outsourcing verkleinern sie Redaktionen und vernichten Arbeitsplätze. Beim Kölner Stadt-Anzeiger fielen etwa bis Ende September 57 Stellen in der Redaktion weg, weil die Tochtergesellschaft Rheinische Redaktionsgemeinschaft (RRG) aufgelöst wurde.

„Lokaler Journalismus in gedruckter Form wird in einigen Verbreitungsgebieten bald eher die Ausnahme sein, zumindest in der täglichen Ausgabe. Der Wunsch, zu erfahren, was vor der eigenen Haustür passiert, ist allerdings unabhängig davon bei den Menschen tief verankert“, sagt Wiebke Möhring, Kommunikationswissenschaftlerin an der Technischen Universität Dortmund.

Analysen aus der jüngsten Vergangenheit haben offenbart, sogenannte „Nachrichtenwüsten“ wie in den USA gibt es in Deutschland zwar noch nicht. Die gesellschaftlichen Folgen medial verödeter Landschaften lassen sich aber bereits beobachten. Menschen weichen auf alternative Quellen aus, die

Wissenschaft spricht hier von „Pink-Slime-Journalismus“. Der bedient die Leserschaft in der Regel über Social Media, immer häufiger beispielsweise über Reddit oder Messaging-Dienste wie Telegram. „Dabei handelt es sich um private Initiativen, keinen professionellen Journalismus“, betont Möhring. Die große Gefahr: Der gesamte Nachrichtenstrom fließt völlig unkontrolliert.

Weniger Zeitungen – weniger Teilhabe

Eine Überblicksstudie der Hamburger Medienwissenschaftlerin Sabrina Maaß aus dem Jahr 2025 zeigt, dass ein Rückgang beim lokalen Zeitungsangebot oder das gänzliche Verschwinden von Zeitungen zu einem Sinken der Wahlbeteiligung und anderer Formen der politischen Partizipation führen kann. Soziales Engagement und lokaler Zusammenhalt können abnehmen. Zudem steigt das Risiko von Regelverletzungen durch Politik und private Unternehmen, wenn sich Zeitungen zurückziehen.

Weil Druck und Vertrieb teurer geworden sind, verzichten dennoch viele Zeitungen auf eine gedruckte Ausgabe. Viele

Künstliche Intelligenz



Beim Einsatz von generativer Künstlicher Intelligenz im Journalismus müssen Sorgfalt, Transparenz und Qualität gewährleistet werden. Er darf kein Vorwand für Arbeitsverdichtung oder Personalabbau sein. Das gilt insbesondere für den Lokaljournalismus. Für den Einsatz sind fünf Schlüsselfaktoren zu beachten:

Verantwortung

Für KI-generierte Inhalte muss redaktionelle Verantwortung übernommen werden. Die finale Entscheidung über den Medieninhalt trifft ein Mensch, nicht die Maschine.

1

Kennzeichnungspflicht

Medieninhalte, die teils oder ganz von generativer KI produziert wurden, müssen als solche erkennbar sein.

2

11%

Zahlungsbereitschaft für digitale Nachrichtenartikel in Deutschland

Verlage verfügen inzwischen über eine Digitalstrategie. Doch auch digitaler Content muss bezahlt werden. Deswegen ist die künftige Finanzierung des Lokaljournalismus ein ernsthaftes Thema. Laut Digital News Report 2026 liegt in Deutschland die Zahlungsbereitschaft der Leser*innen für Nachrichtenartikel im Digitalen bei geringen elf Prozent. Aber nicht alle digitalen Formate funktionieren gleich gut.

Christoph Neuberger forscht am Weizenbaum-Institut über Nachrichtenvermittlung auf Plattformen und im Journalismus. Als Beispiele für neue Formate nennt er solche, bei denen Leser*innen mitreden und mitgestalten können. Datenjourna-

lismus, der komplexe Zahlen verständlich aufbereitet, etwa durch anschauliche Grafiken oder verlinkte Hintergrundartikel. Zudem ermögliche multimediales Storytelling, also die Verbindung von Text, Bild, Video und Ton, Geschichten auch für ein jüngeres Online-Publikum schmackhaft zu erzählen.

„Einige Verlage versuchen immer noch, wie in der Printwelt, eine Zeitung als ein Gesamtprodukt zu verkaufen, das von vorne bis hinten gelesen wird“, kritisiert auch die Kommunikationswissenschaftlerin Wiebke Möhring. „Um Menschen zu bedienen, die eine gedruckte Zeitung noch kennen, ist das eine nachvollziehbare Strategie. Doch vor allem Menschen, die in einer Onlinewelt groß geworden sind, werden damit nicht mehr abgeholt.“ Wie Neuberger fordert Möhring eine deutlich ausgeprägtere digitale Produktlogik.

Digitalstrategie ohne Verlage

Vielversprechende Ansätze, um den lokalen Journalismus in der digitalen Welt in der Fläche zu fördern, gibt es bereits. Die Molo-App (www.molo.news) ist ein Projekt des Zentrums für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung (ZeMKI) an der Universität Bremen, der Universität Leipzig sowie des Leibniz-Instituts für Medienforschung. Molo bündelt lokale Nachrichten und Events aus Politik über Kultur bis hin zu Sport, allesamt aus seriösen Quellen.

In Thüringen begann im Juli 2026 unter der Leitung des Journalisten Sebastian Haak das Nachrichtenportal Fokus Thüringen (<https://fokusthueringen.de>). Dieses Angebot zielt in eine ähnliche Richtung wie bereits existierende, professionell geführte Nachrichtenportale in anderen Regionen.

Für gute, tarifgebundene Arbeitsplätze im Journalismus braucht es allerdings mehr als eine bloße Digitalstrategie.

Lars Lubienetzki <<

im Lokaljournalismus

Urheberrecht

Urheber*innen, deren Werke als Trainingsdaten für KI-Modelle verwendet werden oder als aktuelle Information in die Ausgaben von KI-Tools einfließen, müssen eine Vergütung erhalten.

3

Transparenz

Es bedarf Standards zur Datenschutzkonformität, zur Diskriminierungsfreiheit und Ausgewogenheit des Trainingsmaterials. Nur zertifizierte KI-Tools können verwendet werden.

4

Mitbestimmung

Bei der Einführung von KI-Systemen müssen die Redaktionen beteiligt werden. Dafür braucht es gute Tarifverträge und eine Präzisierung des Betriebsverfassungsrechts.

5

Große Aufgaben, kleines Budget

Viele Landesmedienanstalten bekommen weniger als ihnen zusteht



Als ab Mitte der 1980er-Jahre der Privatkommunikationsfunk auf Sendung ging, markierte das einen großen Umbruch im deutschen Mediensystem. Um die neuen Anbieter zuzulassen und zu beaufsichtigen, wurden Landesmedienanstalten als staatsferne Instanzen gegründet. Bei der Aufsicht über RTL & Co. ging es zunächst insbesondere um Werbung und Jugendschutz, aber auch die Vergabe von damals noch knappen Übertragungskapazitäten prägte ihre Gründungsjahre.

Das Aufgabenspektrum der Landesmedienanstalten vergrößerte sich in der Folge stetig. Hinzu kamen etwa die Medienkompetenzvermittlung, die Sicherung von Medienvielfalt oder die Förderung digitaler Übertragungstechniken. Und im November 2020 wuchsen die Aufgaben noch einmal deutlich: Die Bundesländer setzten den neuen Medienstaatsvertrag in Kraft. Damit führten sie für weite Teile des Online-Bereichs eine Regulierung ein. Die insgesamt 14 Landesmedienanstalten erhielten zusätzlich Aufsichtszuständigkeiten unter anderem für Medienintermediäre wie Suchmaschinen und soziale Netzwerke sowie Benutzeroberflächen, etwa auf Smart-TVs.

Diese Aufgabenfülle stellt inzwischen die eine oder andere Landesmedienanstalt vor finanzielle Herausforderungen. Das betrifft gerade die Anstalten, die zu ihrer Finanzierung nicht den vollen Anteil aus dem Rundfunkbeitrag erhalten, der sich auf knapp zwei Prozent der Beitragseinnahmen beläuft. Den vollen Satz bekommen nur sechs Medienanstalten. Die übrigen acht unterliegen einem sogenannten Vorwegabzug, festgelegt durch die jeweilige Landespolitik. Die höchste Kürzung hat mit 68 Prozent die Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH). Das abgezogene Geld wird in diesen Ländern vor allem zur Film- und Musikförderung eingesetzt.

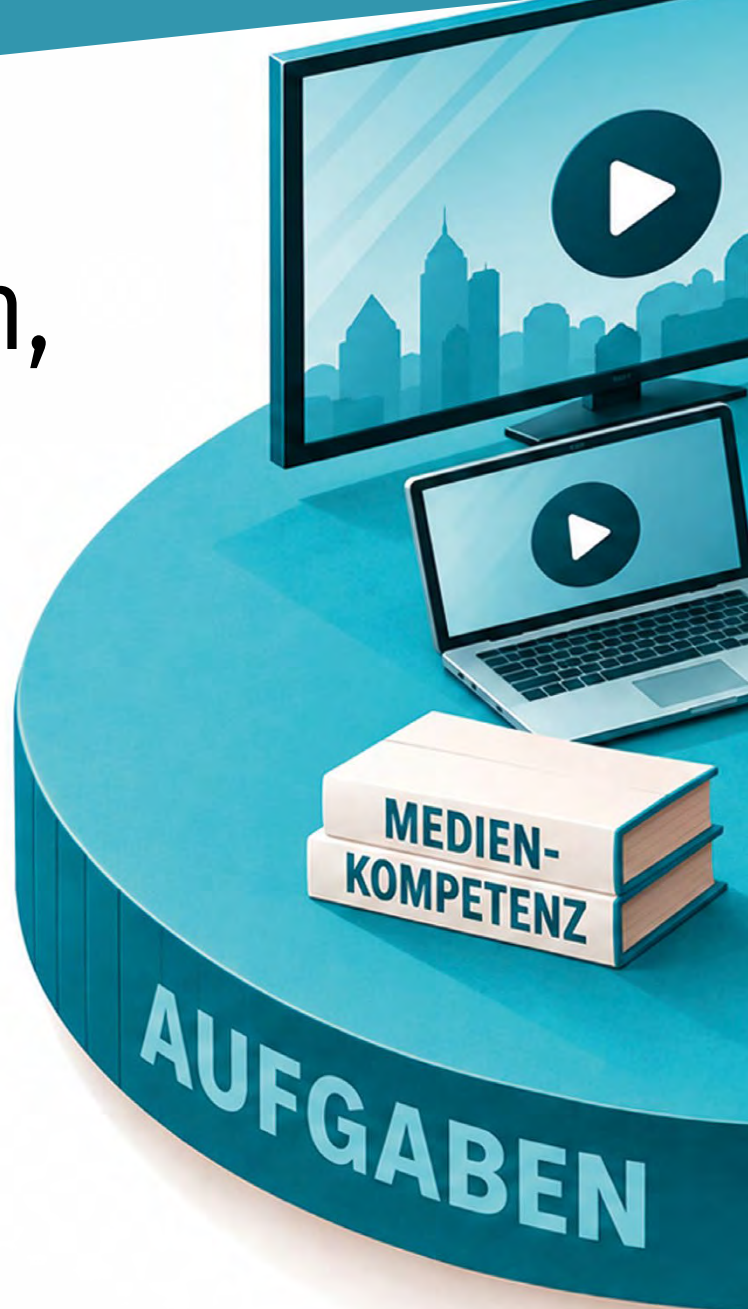
Seit 2023 haben mehrere Länder den Vorwegabzug bei ihren Landesmedienanstalten reduziert – damit sie mehr Budget haben, um ihre zusätzlichen Aufgaben auch erfüllen zu können. Davon profitieren etwa die Niedersächsische Landesmedien-

anstalt (NLM) und die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB). Eine finanzielle Stärkung ist auch für die Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) geplant. Den Vorwegabzug abzusenken, hat die neue baden-württembergische Landesregierung von Grünen und CDU in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart.

Hessen muss auf Beiträge verzichten

Auch die Medienanstalt Hessen gehört zu den Aufsichtsinstanzen, die nicht den vollen Beitragsanteil erhalten. Bereits seit 25 Jahren sind es nur 62,5 Prozent davon. Der übrige Anteil steht dem Hessischen Rundfunk (HR) zu. 2025 waren das 4,6 Millionen Euro. Dieses Geld muss der HR für „kulturelle Darbietungen im Hörfunk, Fernsehen und in Telemedien“, das Sinfonieorchester sowie die Bigband verwenden. Die hessische Filmförderung muss mindestens 750.000 Euro erhalten.

Der HR bekommt damit Geld aus dem Anteil der Landesmedienanstalt für Zwecke, die teilweise ohnehin Bestandteil seines Auftrags sind, wie vor allem kulturelle Darbietungen. Die



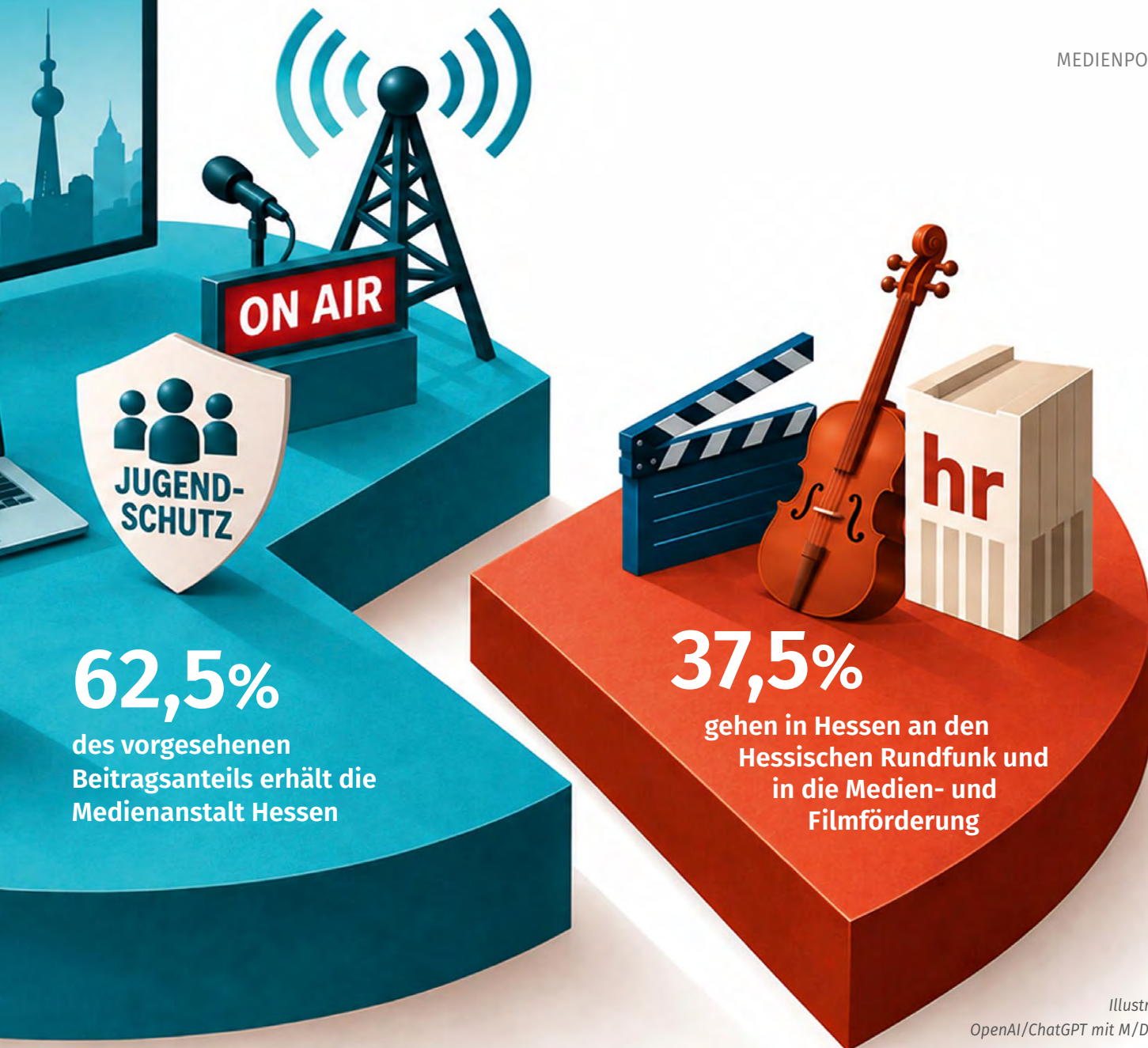


Illustration:
OpenAI/ChatGPT mit M/Dreßler

Medienanstalt spricht von einer „zunehmend ausgesprochen angespannten Haushaltslage“, wie sie auf Anfrage mitteilt. Dabei spielt auch eine Rolle, dass sie seit Anfang 2026 von Privatsendern, die in Hessen über UKW senden, keine Rundfunkabgabe mehr erheben kann. Die Politik beschloss, diese zu streichen. 2025 gab es dadurch Einnahmen von 225.000 Euro – rund die Hälfte weniger, als in den drei Vorjahren verfügbar war. Mit diesem Geld durfte nur die digital-terrestrische Hörfunkübertragung gefördert werden. Die Aufgabe bleibt aber bestehen, sodass die Medienanstalt dafür nun Geld aus ihrem übrigen Haushalt einsetzen muss.

Außerdem kommt für die Aufsichtsbehörde hinzu, dass der Rundfunkbeitrag seit 2021 unverändert 18,36 Euro pro Monat beträgt: Das verfügbare Beitragsaufkommen habe sich „aber inflationsbereinigt deutlich reduziert“. Darüber hinaus seien hohe Personal- und Verbrauchskostensteigerungen zu finanzieren. In dieser Situation würde „ein Beibehalten des derzeitigen Vorwegabzugs der Medienanstalt Hessen bereits massive Probleme bei der Deckung ihrer künftigen Haushalte bereiten“.

Daher wundert es nicht, wenn die Medienanstalt den Vorwegabzug in Höhe von 37,5 Prozent für „keinesfalls angemessen“ hält. Es sei „vielmehr dringend erforderlich“, ihn möglichst umgehend und mindestens deutlich zu reduzieren. Gäbe es keine Kürzung, erhielte die Medienanstalt pro Jahr 12,3 Millionen Euro an Rundfunkbeitragseinnahmen – aktuell sind es 7,7 Millionen Euro.

Neue Aufgaben zur Demokratiesicherung

Die Medienanstalt verweist auf ihre gewachsenen Aufgaben, die alle „für die Stabilisierung unserer Demokratie essenziell“ seien. Dazu gehöre gerade die Aufsicht im Online-Bereich. Hier gehe es „im Besonderen um den Jugend- und Menschenwürdeschutz, um den Kampf gegen Desinformation und Hass im Netz“. Hinzu komme die Förderung von Medienkompetenz und die Vermittlung von Medienbildung, inzwischen auch für Seniorinnen und Senioren. Zudem fördere die Medienanstalt noch den Nichtkommerziellen Lokalen Rundfunk in Hessen.

Volker Nünning <<

Alle reden übers Wetter

Warum der Klimawandel kein Thema für den ÖRR ist



Klimapolitik ignoriert die aktuelle Bundesregierung konsequent. Auch in den Medien scheint sich das Motto „Es will ja eh keiner mehr hören“ durchgesetzt zu haben. Wie passt das zur Realität dieses Sommers in Deutschland und in weiten Teilen Europas?

Anhaltende Hitze, Dürre, überall Brände. Mehrere Hitzewellen, Hitzetote, historische Tiefstände der Flüsse. Selbstverständlich werden Höchstwerte vermeldet und wenn die Schifffahrt im Rhein über Wochen zum Erliegen kommt, ist das auch mehr als eine Nachricht wert. Auch die Gletscher- und Flutkatastrophe im Himalaya hat natürlich Entsetzen ausgelöst. Aber die Phänomene und Ereignisse werden nur höchst selten als Folgen des Klimawandels eingeordnet. So auch bei den Hitzewellen im Mai und im Juni. Sechs Tage herrschte Schweigen: Das Erste ordnete die Juni-Hitze erst am siebten Tag der Warnperiode des Deutschen Wetterdienstes als klimawandelbedingt ein, das ZDF zwar früher – aber nicht durchgängig, erklärt dazu der Verein KLIMA vor acht. Stattdessen Bilder

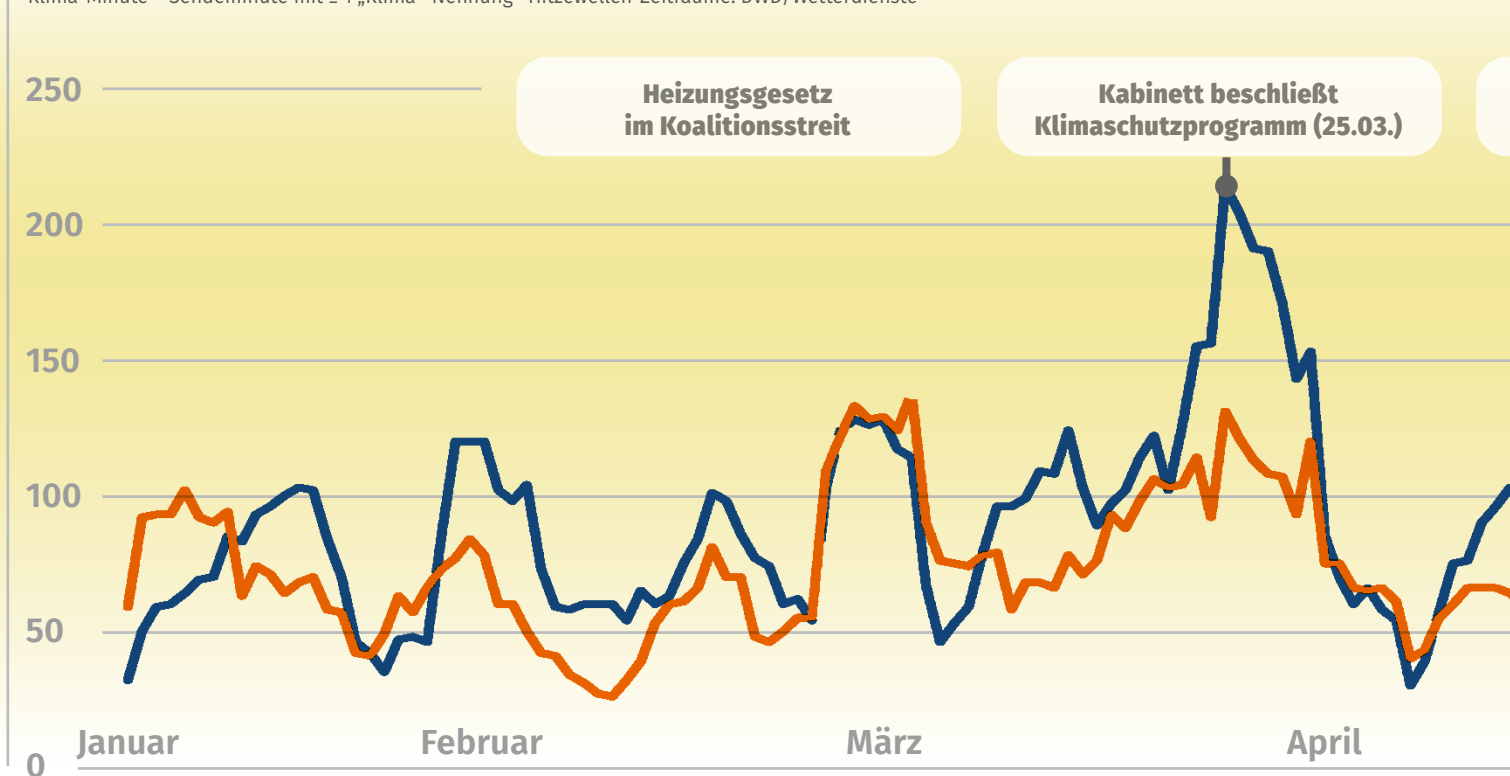
von „Scurrilitäten“: Wasserwerfer, die Straßen kühlen und im schmelzenden Asphalt unbrauchbar gewordene Straßenbahnschienen.

Erstmals unter 1 Prozent Berichterstattung

Grundsätzlich ist der Anteil der Klima-Sendeminuten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen inzwischen unter ein Prozent gefallen – auf 0,95 Prozent im Ersten und 0,82 Prozent im ZDF. Das ist ein zentrales Ergebnis eines im Juli 2026 veröffentlichten Reports zur Klimaberichterstattung von KLIMA vor acht. Eine computergestützte Auswertung des ÖRR-Gesamtprogramms zeigt hierbei den niedrigsten Wert seit Beginn der kontinuierlichen Messungen ab Mitte 2021. Im Vergleich zu 2023 hat sich die Berichterstattung zum Klima sogar mehr als halbiert (auf 2,2 bzw. 1,95 Prozent). „Der Rückgang trifft ausgerechnet das Halbjahr, in dem die Klimakrise mit zwei Rekord-Hitzewellen im Mai und Juni so unmittelbar spürbar war wie selten zuvor“, sagt Norman Schumann, Sprecher des Netzwerks.

Klima-Minuten pro Woche im Zeitraum Jan–Juni 2026

Klima-Minute = Sendeminute mit ≥ 1 „Klima“-Nennung · Hitzewellen-Zeiträume: DWD/Wetterdienste



Besonders deutlich sei die Leerstelle während der Hitzewellen selbst geworden, so die Analyse zur Klimaberichterstattung. Auch insgesamt führte die Rekordhitze nicht zu mehr Klimaminuten: In der Juni-Rekordwoche fiel die Wochensumme des Ersten sogar auf einen Tiefpunkt von nur 52 Klima-Minuten. Dabei zeige der Blick nach Europa, dass es auch anders geht, sagt Datenwissenschaftler Schumann. „In Frankreich, Großbritannien und Spanien war die Hitze vom ersten Tag an eine Klimageschichte. Wir brauchen keine neuen Rezepte, wir brauchen die Entscheidung der Programmverantwortlichen, den Klimabezug nicht länger zu verschweigen“, kritisiert der KLIMA vor acht-Sprecher.

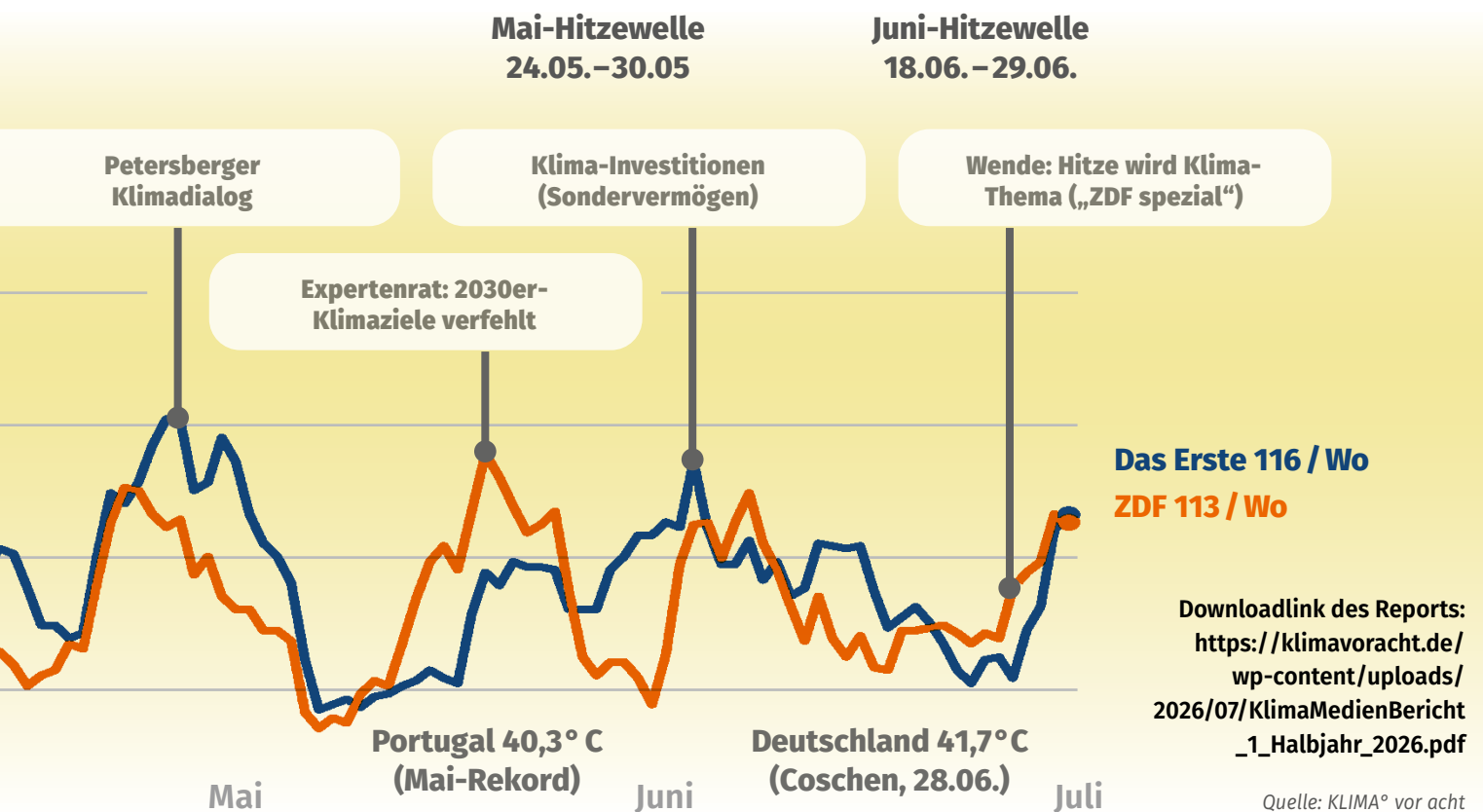
Fehlende Verantwortung in Redaktionen und Politik

Hitze ist die tödlichste Wetterfolge in Europa. Besonders davon betroffen sind ältere Personen, und damit jene Menschen, die das öffentlich-rechtliche Fernsehen am häufigsten nutzen. Laut der Langzeitstudie „Down2Earth“ ist es die meistverwendete Informationsquelle der Deutschen zu Klimawandel und Klimapolitik. Wo die reichweitenstärksten Formate schweigen, überlassen sie es anderen, die Auswirkungen der Klimakrise einzuordnen – und öffnen den Raum für Verharmlosung und Desinformation. Eine verlässliche, tägliche Einordnung der Klimakrise zur besten Sendezeit wäre hingegen das, was ein historischer Hitzesommer verdient.

Aber wenn selbst die politisch Verantwortlichen schweigen, wird deutlich, dass das Problem ein viel Größeres ist. Umweltminister Carsten Schneider (SPD) äußerte sich im Grunde erst nach der Juni-Hitzewelle dazu, von Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU) war gar nichts dazu zu hören. Infolge der extrem heißen Woche Ende Juni hatte es in Deutschland nach Angaben des Robert-Koch-Instituts 9.600 hitzebedingte Sterbefällen allein zwischen dem 22. und 28. Juni gegeben. Insgesamt erhöhte sich die geschätzte Zahl der hitzebedingten Sterbefälle bis zum 26. Juli auf 11.900. Das sind mehr Fälle als in jedem einzelnen Gesamtjahr seit 2016.

„Aber so nachvollziehbar dieses Wegducken der politisch Verantwortlichen aus ihrer Logik heraus auch sein mag: Möglich wird es erst, weil Medien und Journalist*innen ihnen das durchgehen lassen, sie nicht stellen, nicht fragen, nicht drängen“, erklärt dazu Jürgen Döschner – früherer ARD-Journalist und Mitgründer des Netzwerk Klimajournalismus Deutschland.

Der gemeinnützige Verein KLIMA vor acht setzt sich für eine bessere und der Relevanz der Klimakrise angemessene Berichterstattung der deutschen Medien ein und misst seit 2021 durchgehend das Programm von Das Erste und ZDF. Der Verein hat seinen Sitz in Hamburg und finanziert sich ausschließlich durch Spenden. Der vorliegende Report ist die erste Ausgabe eines künftig halbjährlich erscheinenden Datenüberblicks zur Klimaberichterstattung. **Claudia Krieg <<**



Die 10 meistzitierten Domains pro KI-Anbieter

Anzahl der Zitationen in KI-Antworten (N = 4.570 Zitationen von 544 individuellen Domains, absolute Zahlen)

CHATGPT

welt.de	264	
zeit.de	42	
focus.de	12	
handelsblatt.com	21	
zdfheute.de	12	
deutschlandfunk.de	55	
bundestag.de	13	
de.wikipedia.org	40	
süddeutsche.de	35	
bild.de	23	

GOOGLE

welt.de	17	
zeit.de	42	
spiegel.de	15	
handelsblatt.com	31	
tagesschau.de	169	
zdfheute.de	19	
deutschlandfunk.de	79	
bundestag.de	38	
youtube.com	116	
mdr.de	41	
boerse.de	15	

Quelle: https://agoradigital.de/wp-content/uploads/2026/07/ADT_Studie_Meinungsbildung-im-Wandel.pdf

Politische Meinungsbildung mit Künstlicher Intelligenz



er bei Google, Claude oder ChatGPT nach Parteien und Kandidat*innen sucht, bekommt Antworten einer Künstlichen Intelligenz. Studien zeigen, welche Quellen sie nutzen.

Eine Studie des Agora Think Tanks, die Large Language Models untersucht, zeigt, dass die KI-Systeme aus einer schmalen Quellenbasis schöpfen, Aufmerksamkeitsverzerrungen verstärken, ohne dass die Auswahlkriterien dokumentiert oder nachvollziehbar sind. Bei ChatGPT dominiert die WELT wie bei keinem anderen System. Ursache ist die Kooperation zwischen OpenAI und Axel Springer. Das führt zu einer politisch verzerrten Quellenbasis, denn 53 Prozent der journalistischen Quellen von ChatGPT stammen laut Agora aus dem konservativen und rechten Spektrum.

Die KI Claude verwies im Untersuchungszeitraum hingegen mehrfach auf Domains des Pravda-Netzwerks, das vom Digital Forensic Research Lab als russisches Desinformations-

netzwerk eingestuft wird. Diese Verweise stehen unmarkiert neben journalistischen Quellen.

Eine aktuelle Studie von AlgorithmWatch vor den Wahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin untersucht die KI-Ergebnisse von Google. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass Informationen zu Wahlen auch dort oft nicht neutral und die Quellen begrenzt seien. Dem Konzern fehle es an Transparenz. Damit beeinflusse Google „wichtige Vorbedingungen der Meinungsbildung in der Demokratie: den Zugang zu verlässlichen Informationen und vielfältigen Quellen“, heißt es von Projektleiterin Clara Helming in der Kurz-Untersuchung. Google widerspricht: Die Suchfunktionen zeigten „hochwertige Informationen aus einer Vielzahl von Webquellen“ an und seien so konzipiert, „dass sie neutral und objektiv sind“, heißt es in einer ebenfalls in der Studie zitierten Stellungnahme. Wie groß der Einfluss der Übersichten auf die Realpolitik tatsächlich ist, ist mit Blick auf das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt mindestens fragwürdig. Denn aus der Un-

PERPLEXITY

welt.de	41	
zeit.de	45	
spiegel.de	30	
handelsblatt.com	49	
tagesschau.de	102	
zdfheute.de	34	
deutschlandfunk.de	77	
presseportal.de	48	
faz.net	41	
tagesspiegel.de	34	

GEMINI

welt.de	58	
zeit.de	23	
spiegel.de	43	
focus.de	26	
tagesschau.de		
zdfheute.de	16	
deutschlandfunk.de	85	
bundesregierung.de	13	
bundestag.de	21	
auswaertiges-amt.de	17	
google.com	15	

CLAUDE

handelsblatt.com	38	
zdfheute.de	70	
bundesregierung.de	32	
de.euronews.com	59	
deutschland.de	35	
finanznachrichten.de	34	
finanzen.net	34	
t-online.de	22	
news.de	18	
dwd.de	18	

tersuchung geht eines deutlich hervor: Die AfD wird im Gegensatz zu den politischen Mitbewerbern seltener in KI-Suchen erwähnt. Während bei den meisten Parteien größtenteils Inhalte der eigenen Parteikanäle verlinkt würden, sei das bei der AfD seltener der Fall – hier würden besonders häufig öffentlich-rechtliche Medien zitiert. Zu diesen zählen laut Studie vor allem NDR, rbb, MDR und ARD. Neben diesen werde ZEITOnline von der KI besonders oft zitiert. „Dies ist der maßgebliche Grund, warum wir mehr ‚liberale/linke Medien‘ sehen als ‚konservative/rechte‘“.

Dagegen scheinen Influencer keine Rolle zu spielen: „Bei den Social Media-Beiträgen sehen wir keine Posts von Akteur*innen, die primär in den sozialen Medien publizieren“. Weil aber nicht nur auf etablierte Medien, sondern auch auf Websites der Politiker*innen und Parteien verlinkt werde, gebe es ein Problem mit der Neutralität. „Fragen zu spezifischen Parteien oder Kandidat*innen wurden häufig nicht neutral beantwortet, sondern die Partei oder der*die Kandidat*in wurde besonders positiv dargestellt“, schreibt AlgorithmWatch. „Die Beschreibungen ihrer politischen Positionen erinnerten dabei häufig an Selbstbeschreibungen der Parteien. Häufig tauchten positiv konnotierte, aber wenig präzise Adjektive wie ‚pragmatisch‘, ‚bürgernah‘ und ‚stabil‘ auf.“ Der Anteil der als besonders positiv oder lobend bewerteten Übersichten unterscheide sich entsprechend stark: „Während er bei der CDU bei 81,5 Prozent liegt, ist er bei der AfD gleich null.“

Das allerdings hat in Sachsen-Anhalt weder den Sieg von AfD-Kandidat Ulrich Siegmund verhindert, noch hat es die regierende CDU unter Ministerpräsident Sven Schulze vor ihrer historischen Niederlage bewahrt. Zweite Verlierer der KI-Übersichten sind übrigens die Grünen: Bei den für die Partei analysierten Übersichten finde sich in fast allen Fällen, 96,4 Prozent, mindestens eine parteinahe Domain. Dennoch würden nur 10,7 Prozent der Texte als besonders positiv eingestuft.

An mehreren Stellen stoße die Studie allerdings an ihre Grenzen, wie AlgorithmWatch einräumt. Um etwa genau zu bestimmen, inwiefern die Auswahl der Quellen tatsächlich die Formulierungen beeinflusse, „wäre durch einen detaillierten Abgleich näher zu untersuchen. Das war im Rahmen dieser Kurzuntersuchung jedoch nicht möglich“. Für die Studie haben die Macher*innen der NGO Zugang zu Googles „Search Researcher Result“-Softwareschnittstelle bekommen. Damit konnten sie automatisierte Suchanfragen an die Google-Suche senden und die Ergebnisse abrufen. AlgorithmWatch hat im Zeitraum von Ende Juli bis einschließlich August insgesamt 4.480 Suchanfragen zu den Wahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg Vorpommern und Berlin gestellt und sich die Inhalte allerdings nur „stichprobenhaft“ angesehen: „Eine detaillierte Analyse der Inhalte von KI-Übersichten hätte den Rahmen dieser Kurzuntersuchung gesprengt.“

Martin Niewendick <<



Foto: privat

Aktion für Mohamed Youssouf Bathily und Rokatou Doumbia, Mali

Haft für Kritik an der Regierung

Der 17. August wurde für Mohamed Youssouf Bathily und Rokatou Doumbia zu einem schwarzen Tag. Die beiden Medienschaffenden und Demokratieaktivist*innen wurden von einem Gericht in der malischen Hauptstadt Bamako zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Drei davon wurden zur Bewährung ausgesetzt, aber für sieben Jahre sollen sie hinter Gittern verschwinden. Amnesty International fordert ihre sofortige Freilassung.

Fragt man sich, was die beiden verbrochen haben, so sucht man vergebens nach einer Straftat. Es ist ganz klar, dass sie festgenommen und verurteilt wurden, weil sie ihre Meinung gesagt und die Regierung des westafrikanischen Staates kritisiert haben.

Mohamed Youssouf Bathily (bekannter als Ras Bath) ist Radiomoderator und Kommentator. In seinen Beiträgen nimmt er kein Blatt vor den Mund und hat offen über wirtschaftliche Nöte, die Inflation und Beschränkungen für die Zivilgesellschaft gesprochen. Auch auf Kundgebungen ist er aufgetreten.

Rokatou Doumbia hat vor allem als Influencerin unter dem Namen Rose Poivron mit 175.000 Followern auf der Plattform TikTok auf sich aufmerksam gemacht. Sie beklagte steigende Lebenshaltungskosten und bezeichnete den politischen Übergang in Mali nach dem Abzug der französischen Truppen als „Misserfolg“.

Beide Aktivist*innen wurden bereits am 13. März 2023 festgenommen und im August 2026 verurteilt. Das Gericht nannte in der Urteilsbegründung die Delikte „kriminelle Verschwörung“ und „Herabwürdigung des Staates“. Die Vorwürfe sind ganz offensichtlich an den Haaren herbeigezogen. Amnesty International ist überzeugt, dass beide ausschließlich wegen ihrer geäußerten Kritik vor Gericht gestellt wurden.

Harald Gesterkamp <<

Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den malischen Justizminister und fordern Sie die sofortige und bedingungslose Freilassung des Journalisten Mohamed Youssouf Bathily (Ras Bath) und der Demokratieaktivistin Rokatou Doumbia (Rose Poivron). Verlangen Sie zudem, dass Mali die Meinungsfreiheit garantiert und die entsprechenden internationalen und afrikanischen Garantien einhält.

Schreiben Sie auf Französisch, Englisch oder Deutsch an:

Minister of Justice and Human Rights
Mr Mamoudou Kassogué
Cite administrative – bâtiment 12
BP 97 Bamako
MALI
E-Mail: mkaasogue@justice.gouv.ml

Senden Sie eine Kopie an:

Botschaft der Republik Mali
S. E. Herrn Cheick Mahamadou Cherif
Kurfürstendamm 72
10709 Berlin
Fax: (030) 319 988 48
E-Mail: botschaftmali@gmail.com

Konkrete Verbesserungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Abschlüsse in den großen Sendern



it dem Tarifabschluss beim NDR hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) zusammen mit dem Deutschen Journalisten Verband (DJV) und der unisono – Deutsche Musik- und Orchestervereinigung e.V. jetzt Tarifeinigungen in den größten vier Anstalten und im ZDF erzielt: Erst beim Südwestrundfunk (SWR), dann beim Bayerischen (BR) und dem Westdeutschen Rundfunk (WDR) und nun auch beim Norddeutschen Rundfunk (NDR).

„Ohne die intensiven Warnstreiks der Beschäftigten wäre das nicht möglich gewesen“, erklärt Björn Siebke, ver.di-Gewerkschaftssekretär und Co-Verhandlungsführer beim NDR. „Sie haben mit großer Beteiligung und Ausdauer an insgesamt zehn Warnstreiktagen deutlich gemacht, dass sie für ihre berechtigten Forderungen eintreten. Dieser Druck hat entscheidend dazu beigetragen, dass am Ende ein tragfähiges Ergebnis erreicht werden konnte.“

In den bisher vier abgeschlossenen Tarifrunden konnten Steigerungen von bis zu 5,8 Prozent bei einer Laufzeit von 35 Monaten erreicht werden.

Stephanie Steffen, Beschäftigte beim NDR und Vorsitzende des ver.di-Senderverbands im NDR: „Der nun erzielte Abschluss ist ein Kompromiss, aber er bringt konkrete Verbesserungen für die Beschäftigten. Wir haben mit der Erhöhung des Urlaubsgeldes eine soziale Komponente erreicht,

die insbesondere den Kolleg*innen in den unteren Vergütungsgruppen zugutekommt. Gerade diejenigen, die steigende Preise besonders stark spüren, profitieren davon. Dass auch alle Auszubildenden die Erhöhung erhalten, ist ein wichtiges Signal.“

Für Festangestellte im ZDF steigen die Entgelte rückwirkend zum 1. August 2026 um 3 Prozent und zum 1. Januar 2028 um weitere 2,8 Prozent. Zusätzlich erhalten sie eine Einmalzahlung von 900 Euro. Auch die ZDF-Freien bekommen rückwirkend eine Erhöhung ihrer Honorare um 3 Prozent. Zum 1. September 2027 folgt dann eine weitere Steigerung um 2,8 Prozent. Für Auszubildende steigen die Vergütungen ebenfalls um 150 Euro monatlich. Hinzu kommt eine Einmalzahlung von 600 Euro.

Die Tarifrunde fand vor dem Hintergrund der Reformen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und erheblicher politischer und finanzieller Unsicherheiten statt. Im Mittelpunkt standen dennoch die berechtigten Interessen der Beschäftigten: Die vereinbarten Entgelterhöhungen sollen die gestiegenen Lebenshaltungskosten insbesondere für diejenigen in den unteren Vergütungsgruppen abfedern und einen Beitrag zum Ausgleich der inflationsbedingten Belastungen leisten. „Die Ergebnisse bei den Rundfunkanstalten zeigen, dass auch in schwierigen politischen und finanziellen Zeiten Tarifeinigungen möglich sind“, sagt Andreas Michelbrink, ver.di-Tarifkoordinator für die Verhandlungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR). <<

Symbolbild: Christoph Boeckheler



Porträt

Bastian Bernhardt, Badische Zeitung



astian Bernhardt spricht offen über Konflikte. Einer der aus seiner Sicht wichtigsten derzeit: die bislang fehlende Arbeitszeiterfassung im

Betrieb. Der studierte Umweltwissenschaftler absolvierte sein Volontariat bei der Badischen Zeitung und gehört seit 2010 zur Redaktion in Lahr, nördlich von Freiburg. Dort schreibt er über alle Themen einer Lokalzeitung, besonders aber über Umwelt, Naturschutz und Verkehr. Seit 2014 engagiert er sich im Betriebsrat. Dass die Badische Zeitung eine Tageszeitung mit „christlicher Grundhaltung“ ist, spielt für seine Betriebsratsarbeit keine Rolle. „Wichtig ist, dass wir uns zu den demokratischen Grundwerten bekennen“, sagt er.

Großes Thema: Arbeitszeiterfassung

Als Medienhaus gilt die Badische Zeitung als Tendenzbetrieb, was die Mitbestimmung des Betriebsrats einschränkt. So darf etwa kein Wirtschaftsausschuss gebildet werden. „Trotzdem unterscheiden sich unsere Themen kaum von denen anderer Betriebsräte“, erklärt Bernhardt. Zentrale Themen der letzten Jahre seien die Transformation der Medienlandschaft, Erhalt von Arbeitsplätzen und die Arbeitszeiterfassung.

Während die Verlagsmitarbeiter*innen ihre Arbeitszeit bereits überwiegend erfassen, gilt das für die Redaktion nicht. „Frühere Generationen von Redakteur*innen nahmen das hin, vielleicht auch aufgrund alter, besser dotierter Tarifverträge“, sagt er. Vor allem jüngere Kolleg*innen



Bastian Bernhardt,
Betriebsrat seit 12 Jahren

Foto: privat

„Wenn man sich
gemeinsam für eine
Sache einsetzt, ist
man stark.
Das gilt im Betriebs-
rat genauso wie in
der Gewerkschafts-
arbeit.“

akzeptierten das nicht mehr als Teil des Berufsbilds. „Wer Transparenz und einen guten Umgang mit dem Personal – wirtschaftlich gesprochen einen schonenden Umgang mit Ressourcen – will, muss die Arbeitszeit erfassen“, findet Bernhardt, der im März wiedergewählt wurde. Doch nicht alle in der Belegschaft und im Betriebsrat teilen diese Ansicht. „Es gibt ein Lager, das die Vertrauensarbeitszeit verteidigt und keinen Journalismus ‚nach der Stechuhr‘ will“, sagt er. Aus seiner Sicht kann das aber auch anders gestaltet werden. Nun wurde eine Abstimmung in Aussicht gestellt.

Drogenverbot und Prävention

Einen Erfolg sieht Bernhardt in einer anderen Sache: Nach der Teillegalisierung von Cannabis wollte die Geschäftsführung Alkohol- und Drogenkonsum auf dem Betriebsgelände verbieten. Der Betriebsrat erreichte, dass zusätzlich eine Betriebsvereinbarung mit Präventionscharakter beschlossen wurde. Führungskräfte sollen lernen, wie sie erkennen und reagieren, wenn Mitarbeiter*innen ein Problem haben könnten. Außerdem soll eine Kompetenzgruppe als Ansprechpartnerin dienen. „Es war ein Erfolg, dass wir das Verbot mit einer Präventionsvereinbarung flankieren konnten“, sagt Bernhardt. Er erinnert auch an den Tarifkonflikt 2025, bei dem Redakteur*innen der Badischen Zeitung mehrere Tage streikten.

„Die starke Beteiligung über viele Redaktionen hinweg hat gezeigt: Wenn man sich gemeinsam für eine Sache einsetzt, ist man stark. Das gilt im Betriebsrat genauso wie in der Gewerkschaftsarbeit.“

Ulrike Wagener <<

Der Deutsche Fairnesspreis 2026 für „Im Osten was Neues“



Der Deutsche Fairnesspreis wird jährlich im Rahmen der feierlichen Verleihung des DEUTSCHEN SCHAUSPIELPREISES als Gemeinschaftspreis des BFFS und der ver.di FilmUnion vergeben und prämiert. Das diesjährige Thema des Fairnesspreises lautete „Zusammenleben der Kulturen“. In diesem Jahr erhielt der Dokumentarfilm „Im Osten was Neues“ von Loraine Blumenthal den Preis.

Der Film erzählt von Thomas Eichstätt, von allen „Eichi“ genannt, der eine Vergangenheit als einschlägig bekennender Rechtsradikaler in Mecklenburg-Vorpommern hat, heute allerdings ehrenamtlich in der Kleinstadt Torgelow die Fußballmannschaft des FC Pio trainiert. Viele der jungen Spieler sind aus ihren Heimatländern geflohen und kämpfen mit Jobsuche, Akzeptanz und ihrer Fluchtgeschichte. „Eichi“ ist für sie oft eine Art Vaterfigur. Er übernimmt Verantwortung und sieht Menschen als Menschen, denen er hilft, im Leben neu anzukommen. Für ihn selbst bleibt dabei nicht viel, die Kommune Torgelow hat keine Mittel, um seine wertvolle Arbeit zu entlohnen.

Die Jury für den Fairnesspreis besteht in diesem Jahr aus den Branchenvertreter*innen Nuriye Jendroßek und Monika Anna Wojtyllo (beide BFFS), Sirkka Möller und Ina Stock (beide ver.di) sowie Diane Izabiliza (Schwarze Filmschaffende e.V.). Aus der Jurybegründung: „Im Osten was Neues‘ erhält den Deutschen Fairnesspreis 2026. Nicht etwa, weil er ein Zusammenleben zeigt, das Rassismus auflösen kann, oder weil er eine Erlösungsgeschichte erzählt. Sondern weil er sich einfachen Erzählungen verweigert – sowohl der von der großen Fußballfamilie als auch der, in der geflüchtete Menschen nur Opfer sind. Und weil er dem Publikum die Frage nicht abnimmt, wie viel Solidarität, wie viel Widerstand es selbst leisten kann.“ <<

Einigung im Tarifkonflikt bei CinemaxX



Die Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und die Kinokette CinemaxX haben sich in der dritten Verhandlungsrunde in Hamburg auf ein umfassendes Tarifergebnis verständigt. Neben einer Entgelterhöhung wurde auch der Entgeltrahmentarifvertrag neu geregelt.

Seit dem 1. August 2026 stiegen bereits die Gehälter der Beschäftigten in drei Stufen um durchschnittlich 10,3 Prozent. Für Beschäftigte, die bislang lediglich den gesetzlichen Mindestlohn erhalten haben, bedeutet der Abschluss eine spürbare Einkommensverbesserung. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 24 Monaten und gilt bis zum 31. Mai 2028.

„Zu diesem Ergebnis hat maßgeblich das hohe Engagement der Beschäftigten beigetragen, die ihre Forderungen an verschiedenen Kinostandorten mit Arbeitsniederlegungen unterstrichen haben“, erklärte ver.di-Verhandlungsführer Andreas Michelbrink. Zugleich hob Michelbrink die konstruktive und respektvolle Atmosphäre der Verhandlungen hervor. Sowohl ver.di als auch die Arbeitgeberseite hätten eine hohe Kompromissbereitschaft gezeigt, um einen guten Tarifabschluss für die Beschäftigten und das Unternehmen CinemaxX zu erreichen. <<

Impressum

M 3/2026 Jhg. 75. Menschen Machen Medien

Das medienpolitische Magazin von ver.di erscheint vier Mal im Jahr als Print-Ausgabe mit jeweils einem Schwerpunktthema. **M Online** berichtet aktuell aus der Medienbranche: mmm.verdi.de

Herausgeber: ver.di Bundesvorstand,
Frank Werneke, ver.di-Vorsitzender.

Christoph Schmitz-Dethlefsen, Leiter Ressort 7

Redaktion: ver.di Bundesverwaltung, M Redaktion,
Julia Hoffmann (verantw.), Paula-Thiede-Ufer 10,
10179 Berlin. Tel: 030/69 56 23 26.

Fax: 030/69 56 36 57. Mail: Julia.Hoffmann@verdi.de

Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

www.facebook.com/menschenmachenmedien

www.instagram.com/menschenmachenmedien

Anzeigen:

ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH,
Bülowlstr. 66, 10783 Berlin,

Fax 030/740 73 16 75. anzeigen@ask-berlin.de.

Ansprechpartnerin: Simone Roch.

Tel. 030/740 73 16 32.

Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 31 gültig ab 1.2.2026.

Abonnement: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann
mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt.

Tel 0711/700 15–30, service@verlag-weinmann.com

Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. Jedes Heft kostet 9 Euro (inklusive MwSt.).

ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen können M zu einem ermäßigten Preis abonnieren.

Gestaltung: Petra Dreßler, vision-und-gestalt.de

Druck und Vertrieb: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG,
Marktweg 42–50. 47608 Geldern

Redaktionsschluss M:

M 03.2026: 17. September 2026

M 04.2026: 11. November 2026

Intern. Standard Serial Number

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32



Lieblingsfeind freie Medien – europäische und deutsche Erfahrungen

30.09.2026 ab 16:00 Uhr
im ver.di-Haus in Berlin

**JETZT
ANMELDEN**

medienpolitische-tagung.verdi.de